

Berliner Tageblatt

Nr. 246

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 27. Mai 1926

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Hauptmanns Absage an die Akademie.

Ein Brief an den Kultusminister.

„Es bedarf keines Dichterkollegiums.“

Am 20. Mai, nach seiner Rückkehr aus dem Süden, hat Gerhart Hauptmann an den preussischen Kultusminister Dr. Weder folgenden Brief geschrieben:

Agnetendorf (Weifenstein), den 20. Mai 1926.
Hochverehrter Herr Minister!

Seien von langer Reise nach Hause zurückgekehrt, finde ich die Aufsicht des hohen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, durch die ich eingeladen werde, der neugegründeten Sektion für Dichtkunst innerhalb der preussischen Akademie der Künste beizutreten. Bei voller und dankbarer Würdigung der mir zugesagten großen Auszeichnung wird es mir doppelt schwer, zu tun, was doch geschehen muß, nämlich zu bitten, von meiner Ernennung zum Mitglied dieser Sektion abzusehen. So sehr ich eine Akademie der Wissenschaften, eine Akademie der bildenden Künste und der Musik als eine staatliche Notwendigkeit ansehe, da es sich hier um Geistesgebiete handelt, die durch gemeinsame Arbeit gefördert werden müssen, und unter denen staatliche Lehrinstitute in großer Zahl stehen, so wenig vermag ich mich von der staatlichen Notwendigkeit einer akademischen Sektion für Dichtkunst zu überzeugen, und zwar um so weniger vermag ich das, je mehr ich darüber nachdenke. Es bedarf keines Dichter-Kollegiums, um staatliche Unterhaltungen zu erwirken und zu verteilen, sondern nur einiger gebildeter und wohlwollender Männer von Takt und Gehör.

Was aber die weiteren und höheren Aufgaben der Dichtkunst anbetrifft und ihre verantwortliche Förderung, so bin ich leider, wenn ich an die neu zu gründende Sektion denke, kleinmütig. Ein bewußte Führung auf dem Gebiete der Dichtkunst gibt es nicht. Staatlich beamtete, führende Dichter bilden ein Novum, das mit Recht in den Kreisen der freien Vorkantanten werden wird. „Was mich betrifft, so kann ich mir weder eine unbewußte, noch eine bewußte Führerschaft dieser Art ausprechen. Wenn ich, wie andere Schriftsteller und Dichter, auf Menschen im Sinne der Menschlichkeit gewirkt habe, ist es mir genug.“

Ich sehe mich also, Herr Minister, auf feiten derer, die schon vor meiner Zeit gegen die Bildung einer Dichtakademie geworben sind. Ich bin gewiß, Sie werden nichts anderes von mir erwarten, als daß ich dies freimütig eingesteh. Es liegt mir dabei ganz fern,

an der entgegengegesetzten Meinung oder gar an dem edlen Beschluß des hohen Ministeriums irgendeine Kritik zu üben. Nur für mich und ganz allein nur für mich soll meine Überzeugung maßgebend sein.

Mit dem Ausdruck tiefsten Respektes

(263) Gerhart Hauptmann.

III. Dieser Brief, aus dessen Worten überlegung und Würde spricht, wird nicht nur im preussischen Kultusministerium großes Aufsehen hervorgerufen, und der Kultusminister Dr. Weder, der gegenwärtig zu Besuch in Badappest weil, wird die Absage mit Betrübnis lesen, und ebenso werden die übrigen Mitglieder der Akademie die Nachricht nicht ohne Trauer nehmen. Der erste und wesentlichste Repräsentant der Akademie, der größte Dichter des Landes, hat ein Misstrauensvotum gegen die neue Institution abgegeben und die Folgen dieses überstehenden Schrittes sind nicht abzusehen.

Wir haben hier die Einwirkung der Akademie begrüßt, weil wir in ihr nicht nur die Klugen und edlen Motive des Kultusministers sahen, sondern weil wir es auch an der Zeit fanden, daß das Schrifttum in Deutschland, von der alten Regierung vernachlässigt, verlegt und übersehen und höchstens in sehr unzulänglichen Vertretern prunkvoll gefeiert, daß dieses Schrifttum endlich unter der Republik in der Ehre seiner wahren Vertreter Ansehen erhalte. Wir haben deshalb unsere Wege die an sich vorerfüllte Idee des Ministeriums unter der Initiative der zuerst genannten Mitglieder einschlagen würde. Nun ist die erste Straße dieses Weges, die er recht betreten würde, von dem wichtigsten und angesehensten Manne verlassen worden.

Die Gründe, die Gerhart Hauptmann aufzählt, sind durchaus bemerkenswerte und verständliche, und es wird sich ihnen niemand entziehen können. Die deutsche Akademie wird niemals das werden können, was die ähnliche französische Akademie ihren Mitgliedern bedeutet, sie wird ein Entzug der Ehre und höchstens durch das vorläufige und flüchtige Arbeiten ihrer Mitglieder eine Institution werden, die in der Praxis ihre schönen Aufgaben im Rahmen der deutschen Situation erfüllen kann.

Es ist im Augenblick nicht abzusehen, welche Folgen der Brief Hauptmanns haben wird. Man kann nicht voraussetzen, wie die übrigen Mitglieder der Akademie sich verhalten werden, und der Schritt, den jenes der Kultusminister unternehmen wird, um Hauptmann zu bitten, die Akademie durch seine Absage nicht zu gefährden, wird kaum einen Erfolg zeitigen.

Wahlfieber in Washington.

Der Sieg der „Nassen“ in Pennsylvania. — Die Regierung in Abwehrstellung. — Der Aufruf zu den Wahlen im Herbst.

Telegramm unseres Korrespondenten

Dr. Max Jordan.

Washington, 27. Mai.

In den Hallen des Kapitols steht das Barometer auf Sturm. Schon lange nicht mehr sind die Gemüter durch eine so starke politische Erregung erhit worden, wie jetzt nach der Niederlage des Regierungskandidaten bei den Brückenwahlen im Staate Pennsylvania. Die Agitatoren in allen Parteilagern erfreuen sich einer seltenen Hochkonjunktur. Man muß sich schon ziemlich tief hineinfinden in die amerikanische Innenpolitik, um zu verstehen, wie eine solche Gasse entstehen konnte. Der Vorwurf, der jetzt im Senat erhoben wird, daß an die drei bis fünf Millionen Dollars für die pennsylvanische Wahlkampagne allein aufgewandt worden seien, und die Anklagen, die Republikaner und Demokraten einander ins Gesicht schleudern, in trampfaher Bemühung, den jeweiligen Gegnern die Verantwortung für alle Korruption und Schieberei in die Schuhe zu schieben — als dies darf als kennzeichnend gelten für die Vorposten des Wahlkampfes, die jetzt mit den Brückenwahlen im ganzen Lande eingeleitet haben, als Auftakt zu den Wahlen selbst im Herbst. Die 69. Session des Kongresses geht ihren Ende zu, und im November soll es sich entscheiden, wie viele von den 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses und wie viele von den 96 Senatoren, deren Mandate jetzt ablaufen, im Winter wiedergewählt werden sollen.

Die Brückenwahlen dienen der Auswahl der Kandidaten und bringen darum in vielen Staaten, wo die eine oder die andere Partei die Zügel fest in Händen hält, schon entscheidende Resultate. Daher die ungeheure Spannung, mit der ihr Verlauf allenthalben verfolgt wird. Für die regierende Republikanische Partei sind die Brückenwahlen vor allem darum wichtig, weil sie einen Gradmesser für die Stimmung der Wähler im allgemeinen abgeben. Prohibition, Landwirtschaft, Schutz der Arbeiter, Zoll, Weltverkehr — das sind ja einige der großen Fragen, um die heute die entscheidenden Kämpfe ausgetragen werden. Je nach der Stellung der einzelnen Kandidaten zu diesen Problemen sind die Brückenwahlen für die Regierung die erste Stichprobe, die vor ein paar Wochen im Staate Illinois gemacht, als der weltgerichtsfreundliche Senator MacKinnon gegen den Reformator einer „nationalen“ (dies: Föderation) Politik, Smith, unterlag. Die Niederlage MacKinnons bedeutet zugleich eine Niederlage für die Regierung und den Präsidenten Coolidge, der sich mit Entschiedenheit für Amerikas Ausblick auf den Weltmarkt eingesetzt hatte. Bei den kurz darauf folgenden Brückenwahlen im Staate Indiana markierten die Kandidaten nicht nur so einseitig gebundenen Marktrouten auf wie in Illinois. Im so beklühten waren aber die Programme am vergangenen Dienstag in Pennsylvania abgegrenzt, als drei republikanische Senatskandidaten die Arena betraten. Der bisherige Senator George Pepper erstreute sich der offenen Unterstützung des mächtigen Schatzministers Mellon und indirekt selbst derjenigen des Präsidenten Coolidge. Pepper hatte zugunsten des amerikanischen Weltverkehrs gestimmt und kandidierte mit einer „trodenen“ Plattform als Prohibitionist. Der Gouverneur des Staates, Clifford B. Kibb, glaubte ebenfalls mit der „Trodenheit“ am weitesten zu kommen. Aber beiden stand der Abgeordnete des Repräsentantenhauses William Barr gegenüber, der sich offen für die Abschaffung des Alkoholverbotes einsetzte und auch mehr oder minder verbindlich die weltgerichtsfreundliche Politik der „Unversöhnlichen“ mitmachte.

Barr hat nun gesiegt. Überwältigend gesiegt. Und es war ein Sieg der Nassen über die Trodenen. Dies wohl in erster Linie. In zweiter Linie aber wohl auch ein Sieg der Unversöhnlichen über die Weltgerichtsfreundlichen und darum wiederum eine Niederlage der auf Prohibition und Weltgericht festgelegten Regierung und des Präsidenten Coolidge. Die Nassen triumphieren, die Demokraten jubelieren, und auf dem Kapitoll ist die Hölle losgefahren: Was werden die Folgen sein für den eigentlichen Entscheidungskampf der Präsidentschaftswahl im Herbst des übernächsten Jahres? Ist Coolidges Stern im Sinken? Einleiten den republikanischen Parteiführer jetzt schon die Zügel? Im Hauptquartier der regierenden Partei wird eifriges Stillschweigen beobachtet, und im Weißen Hause sind keinerlei Anzeichen von Nervosität zu bemerken.

Es ist noch weit hin bis zum Herbst 1928. Immerhin, die „nasse Welle“ gewinnt ungleichbar an Kraft, und der Mißerfolg der Senats Konferenz, die mit Weltgerichtsfreundlichen Aufnahme im Völkerbund hätte enden sollen, hat zweifellos den Nassen propheten in unerhofft starkem Maße frisches Wasser auf die Mühlen getrieben. Die Regierung sieht sich unter diesen Umständen zeitweilig in die Defensive gedrängt. Aber es ist anzunehmen, daß sie, früher als ihre Gegner jetzt anzunehmen geneigt sind, zu einer neuen Attacke schreiten wird. Auch die „Trodenen“ werden die Hände nicht in den Schoß legen. Schließlich ist es ja keine Reue, daß Pennsylvania ein nasser Staat ist, wenn das bisher auch noch nie mit solcher Offenherzigkeit zum Ausdruck kam. Und der Osten gibt noch lange nicht den Ton für den mittleren oder gar den fernsten Westen und Süden.

Die internationale Arbeitskonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 27. Mai.

Auf der Tagesordnung der 8. internationalen Arbeitskonferenz steht als einziger Punkt neben dem üblichen Bericht des Direktors des internationalen Arbeitsamtes die Frage der Vereinfachung der Aufsicht über die Auswanderer an Bord der Schiffe. Der Verwaltungsrat der internationalen Arbeitsorganisation hatte beschlossen, in diesem Jahre zwei unmittelbar aufeinanderfolgende Arbeitskonferenzen abzuhalten, von denen die eine ausschließlich der Frage der Sozialpolitik in der Handelsseefahrt gewidmet sein sollte. Um nun die Aufmerksamkeit der Vertreter der Schifffahrt auf dieser Tagung auszurufen, beschloß der Verwaltungsrat, die Auswandererfrage zum Gegenstand der ersten dieser beiden Konferenzen zu machen. Es war dabei von der Auffassung ausgegangen, daß diese Frage mit den von der Arbeitskommission ständig behandelten Problemen des Wandererwesens zusammenhänge. Als die Tagesordnung bekannt wurde, erhoben die Vertreter der Schifffahrt lebhaften Einspruch dagegen, indem sie darauf hinwiesen, daß von dieser Frage die technischen Probleme der Beförderung der Auswanderer nicht zu trennen seien, die wiederum mit den Fragen der Beförderung der Reisenden im allgemeinen zusammenhängen. Zur Behandlung dieser Frage sei die Arbeitskonferenz nicht zuständig. Vom Arbeitsamt wird geltend gemacht, daß nicht berücksichtigt sei, die technischen Fragen der Unterfahrt und so weiter, der Auswanderer zu behandeln, sondern lediglich die Fragen der Aufsicht während der Reise und der Vereinfachung der bestehenden Aufsichtssysteme. Der Verwaltungsrat der Schifffahrt hat sich zu einer Resolution verurteilt, die von einer Reihe von Arbeitsgewerkschaften unterzeichnet wurde. Die Resolution wird heute vor dem Verwaltungsrat der internationalen Arbeitsorganisation zur Behandlung der Fragen des Transporthandels der Auswanderer nicht zuständig sei, und daß die Arbeit der Auswanderer nicht zuständig sei, und daß die Arbeit der Auswanderer nicht zuständig sei. Die Resolution, indem er darauf hinwies, die Unternehmer seien der Auffassung, daß die Arbeitsorganisation sich lediglich mit den Fragen der Arbeitsbedingungen zu befassen habe und zur Behandlung dieser Auswandererfragen nicht zuständig sei.

Im Verlauf der Debatte trat der deutsche Regierungsvertreter, Ministerialrat Berlin, für Ablehnung der Resolution und für die Behandlung dieser Frage auf der Konferenz ein. Er machte jedoch den Vorbehalt, daß aus dieser Beteiligung nicht der Schluß gezogen würde, als bejahe die deutsche Regierung damit allgemein die Zuständigkeit der internationalen

Arbeitskonferenz für alle Fragen des Wandererwesens, auch wenn diese Fragen keine besonderen Beziehungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer hätten. Im Verwaltungsrat der Arbeitskommission hatte der deutsche Vertreter feierlich dagegen gestimmt, daß die Frage auf der Tagesordnung der Konferenz gestellt werde. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Grenzverkehr im Saargebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. Mai.

Im Laufe dieser Woche haben in Saarbrücken Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierungskommission des Saargebietes, der deutschen und der französischen Regierung über die Regelung der Rechtslage an den Grenzen des Saargebietes, besonders über den kleinen Grenzverkehr, stattgefunden. Eine Einigung ist über verschiedene Punkte erzielt worden. Jedoch konnten noch nicht alle Fragen geklärt werden. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Der französisch-südslawische Vertrag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. Mai.

Brion hatte gestern eine Unterhaltung mit dem südslawischen Minister des Äußeren Rinkisch, der aus Genf nach Paris gekommen war. Es handelte sich um den Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Südslawien, von dem das Vorliegen der Märztagung des Völkerbundes gesprochen worden ist. Die französischen Zeitungen glauben, daß der französisch-südslawische Vertrag durch ein ähnliches Abkommen zwischen Südslawien und Italien ergänzt werden wird.

Die Sprachdebatte im römischen Senat.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 27. Mai.

Bei der Aussprache über den Unterhaltungsplan im Senat erhob sich eine Stimme zugunsten des deutschen Unterhalts. Senator Raina regte an, daß in den neuen Verträgen für die deutsche und slowenische Sprache dieselben Vergütungen eingeführt werden, wie sie für die französische in den Verträgen von Vol d'Artois Pinerolo und Sals befestigen. Allerdings solle die Regierung Maßregeln ergreifen, die in gewissen Fällen Subsidien anstiften können zu guten Lateinern gemacht werden, wo es ihre Vorleser waren.

Jules Romains hat einen Mitarbeiter der Zeitung „Ceux“ erlangt, was die besten geistigen Zeligkeiten bei der Anerkennung des F. G. R. Klub in Berlin bewirkt. Jules Romains sagt: „Der Kongress in Berlin war ganz außerordentlich. Die richtige Atmosphäre war sofort geschaffen. Man hat das Beste der Zeit gebracht, in Berlin einen Kongress zu veranstalten, bei dem ein wirklich europäischer Geist herrschte, und bei dem von Politik überhaupt nicht die Rede war. Die deutschen Organisatoren bei dem Kongress hatten die richtige Stimmung vorbereitet. Das Benehmen im Rathsaal bei dem Kongress war sehr angenehm. Ich habe die Antworten unserer meisters antwortete, war eine sehr interessante Eindringlichkeit. Die Antworten auf die offiziellen Begrüßungen: „Ihre Worte waren sehr wichtig für die Zukunft unserer Beziehungen.“ Männer der Reden versicherten mich, daß es eine solche Atmosphäre des Friedens nicht finden würde. Die Deutschen sind keine Feinde, sie sind nur Menschen. Sie müssen lassen: sie haben zu verstehen, daß sie in ihren Beziehungen sehr vorsichtig sind. Man hat die richtige Stimmung, das eine Verhöhnung Deutschlands und Frankreichs, die richtige Stimmung ist, sondern daß diese Verhöhnung hauptsächlich aus uns Franzosen abhängt. Es gibt in Deutschland viele Menschen, die den besten Willen haben, die sich aber noch zurückhalten, weil sie sich nicht in die Entscheidung anschauen wollen. Ich habe viel über das Erlebte nachgedacht und ich glaube nicht mehr, daß die Deutschen ein feig-süchtiges Volk sind. Man hat die richtige Stimmung, die richtige Stimmung, alles, was für einen Krieg notwendig ist, ist vollständig und sorgfältig vorbereitet gewesen. Aber die Arbeit für die Menschheit, für Wissenschaft und Kunst ist nicht weniger sorgfältig gewesen.

Der 20. Juni.

Eine Zentrumsstimme zum Volksentscheid.

Die parteiunabhängige „Nationalliberale Korrespondenz“, die vergessen hat, daß man gerade auch aus den Reihen der Deutschen Volkspartei heraus — wir erinnern zum Beispiel an einen sehr scharfen Artikel des rechtsösterreichischen Abgeordneten Dr. Gildemeister — die Haltung der ehemaligen Fürstenfamilien in der Abfindungsfrage sehr scharf kritisiert, hat an der Stellungnahme der Demokraten gegenüber dem kommenden Volksentscheid allerlei auszuhebeln. Sie zitiert die im „Berliner Tageblatt“ gedruckte Ansicht, daß nach der Auffassung mancher Demokraten verschiedene Gründe für die Beteiligung am Volksentscheid sprächen. So zum Beispiel die Erwägung, daß es wünschenswert sei, eine möglichst hohe Stimmenzahl zu sichern, weil nur dann ein brauchbares Kompromiß zustandegebracht werden könnte. In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß auch die Zentrumsstimme die Beteiligung an es unterlassen hat, eine eigentliche Parole gegen die Beteiligung am Volksentscheid auszusprechen und nur die „Erwartung“ ausdrückt, daß die Zentrumsstimme am 20. Juni nicht mitstimmen würden. Noch bezeichnender für die Stimmung innerhalb der Zentrumsstimme ist aber ein Artikel, den der bekannte Zentrumsabgeordnete Professor Deffauer in dem „Frankfurter Zentrumsblatt“, der „Allgemein-Deutschen Volkszeitung“, veröffentlicht und in welchem Deffauer davor warnt, daß die Zentrumsstimme sich am Volksentscheid beteiligen müßte. In dem Artikel hat er:

„Der Volksentscheid hat nur die Alternative: entweder die Fürsten bekommen alles, was sie schon haben oder durch die soziale, auf diese Verhältnisse nicht eingerichtete Gesetzgebung erlitten kommen — und das sind etwa 1½ Milliarden — oder sie werden enteignet, entschädigungslos, wie die Kriegsgespielen, die Leben oder Leib und Gut verloren haben. So bleibt keine Wahl, das Beste zu tun, sondern nur die Auswahl zwischen größerem und kleinerem Übel. Jeder muß in seinen Gewissen prüfen, welches Übel er für das größere hält. Überzeugung der Millionen an die Fürsten: Raub an einem verarmten Volk, Enteignung ohne Entschädigung; ebenfalls Raub an den Fürsten. „Betrachte ich das Schicksal des deutschen Proletariats, des deutschen Mittelstandes, der Kriegsgespielen, so sehe ich mir an, was in den Kreisläufen der Götter geht, was in den Großstädten, denke ich daran, welche schmerzhaften Plagen von Qual, Verlassenheit und Irrtum durch die Verlängerung dieses Krieges, durch Unmöglichkeit und Selbstmord aber das deutsche Volk gekommen ist — so verleihe ich für meine Person die Ansicht vieler, daß von den beiden Übeln, zwischen denen wir zu wählen haben, die Enteignung der Fürsten der kleinere ist.“

Auf das tragische Schicksal der Enteigneten des Krieges, des Zusammenbruchs und der Inflation hat auch die Rundgebung des demokratischen Parteivorstandes zur Begründung des von der demokratischen Partei angenommenen Standpunktes hingewiesen und, wie uns scheint, mit unüberwindlichem Recht. Die demokratische Partei hat die Entscheidung über Beteiligung oder Nichtbeteiligung am 20. Juni dem persönlichen Ermessen des einzelnen Wählers anheimgegeben. Es ist ein Vertreter des Zentrums, der die Entscheidung der Fürsten als das „kleinere Übel“ bezeichnet und er fügt hinzu, daß er damit nur die Überzeugung vieler innerhalb seiner Partei wiedergebe. Ob die „Nationalliberale Korrespondenz“ sich nun auch gegen diese Zentrumsansichten wenden und ihnen beilegen — wie dieser Tage in einem Aufsatz des Kirchenrat der altprotestantischen Kirche — nachsehen wird, sie erschütterten Treue und Glauben, sie „helfen nicht fest an Wahrheit und Gerechtigkeit“?

„Heberparteilichkeit“? Im Anschluß an die Meldungen über den Düsseldorf-Ergebnis hat die „Nationalliberale Korrespondenz“ zum Teil in Verleumdungen untergeordnet worden, die der Reichs-

stufungsgewinnung gehen. Nicht ist die Düsseldorf-Zeitung die Politik die ihre Exzerpte den Leserinnen und Lesern zur Verfügung stellt — offenbar, um den von ihr immer wieder laut propagierten Grundgedanken der „Heberparteilichkeit“ zu demonstrieren...

Mittrauensvotum gegen Lübecks Bürgermeister.

Dr. Neumanns Reinschuldungsversuch mißglückt. (Telegramm unseres Korrespondenten).

20. Hamburg, 27. Mai.

Der sozialistische Mittrauensantrag gegen den Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann wurde in der gestrigen Sitzung der Lübecker Bürgerstiftung mit 13 gegen 33 Stimmen angenommen. Zur endgültigen Wirksamkeit dieses Abstimmungsergebnisses ist noch der Lübecker Verfassung eine nochmalige Abstimmung nötig, die bei einfacher Stimmenmehrheit die endgültige Annahme des Antrages ergibt. Es darf wohl schon heute als feststehend betrachtet werden, daß diese am 2. Juni stattfindende zweite Abstimmung nicht anders entscheiden wird, als die gestrige. Bürgermeister Dr. Neumann ist für die Mehrheit der Lübecker Bevölkerung erledigt, auch wenn er, wie in der gestrigen Sitzung, weiterhin versucht, seinen Verzicht auf den rechtsradikalen Kreisen als möglichst harmlos hinzustellen. In die letzten Hintergründe dieses Verfalls dürfte wohl erst der politische Verleumdungsprozeß hineinkommen, den Dr. Neumann gegen den sozialistischen „Volksboten“ angestrengt hat. Gestern wurde er sich mit großer Schärfe gegen den „hinterhältigen Leberfall“ des „Allgemein-Deutschen Volksboten“, der es ihm unmöglich gemacht habe, sich von jedem Verdacht zu reinigen. Auch habe der Lübecker „Volksboten“ in Berlin bereits beim preussischen Ministerpräsidenten Braun Beschwerde darüber geführt, daß Anschuldigungen gegen Neumann ohne vorhergehende Benachrichtigung des Lübecker Senats erfolgt seien. Bürgermeister Dr. Neumann hat mit dieser öffentlichen Beschwerde also verlangt, offiziell als Repräsentant des Lübecker Senats behandelt zu werden, während er andererseits seine gefährlichen Beziehungen zu Glas und Konstantin als „Privatmann“ unterhalten haben will, und hierdurch dem Senat noch sonst irgend jemand die geringste Mittelung gemacht hat. Was diese fälschlichen und gefährlichen Auffassung Dr. Neumanns über Recht und Pflichten eines verantwortlichen Staatschefs resultiert die Annahme des gestrigen Mittrauensvotums durch die Mehrheit des Parlaments.

Oberreichsanwalt und Rechtsverbände.

Eine politische Schwindelmelung.

Ein völkisches Blatt bringt in sensationeller Aufmachung eine Notiz, wonach der Oberreichsanwalt seine Verantwortung genommen habe, auf Grund des bisher eingereichten Schriftmaterials der Berliner politischen Polizei das Hochverratsverfahren gegen die vom preussischen Minister des Innern aufgelösten Rechtsorganisationen einzuleiten. Diese Falschmeldung soll natürlich dazu dienen, das Vorgehen der preussischen Staatsregierung gegen die Rechtsparteien als einen reinen Akt zu charakterisieren. Wir können dazu mitteilen, daß der Oberreichsanwalt sich mit der Auffassung der Rechtsverbände gar nicht befaßt hat und auch nicht zu befehlen haben wird. Dem Oberreichsanwalt sind lediglich die Beschwerden der bei den jüngsten Vorformationen von Hausjuden betroffenen Persönlichkeiten zugegangen. Ihm ist das dazu gehörige Material, das sehr umfangreich ist, zugegangen. Eine Entscheidung darüber hat er aber bei dem Umfang des Materials bis jetzt noch nicht treffen können. Die vom preussischen Innenminister aufgelösten Rechtsorganisationen haben ihre Beschwerde an den allernachsten Staatsgerichtshof gestellt. Das preussische Innenministerium hat, wie erinnerlich, die Beschwerde auf Grund des § 7 des Republikverfassungsgesetzes aufgelöst, weil sie entgegen ihren offiziellen Programmen sich mit militärischer Ausbildung befaßt haben. Eine Entscheidung des Oberreichsanwalts über diese Angelegenheit kommt also gar nicht in Frage und kann mithin auch von ihm nicht getroffen werden.

Diese Anlagen, darin Kinder spielen und Liebespaare flirten, eintmal eine Hauptstelle waren für ein Publikum, das unter der Erde schlich.

Ganz in der Nähe stand, der Wägher Hauptkranz, der Götterhof zum Beispiel. In seinem behaglichen Garten fühlte Franz Schubert eines Sonntags das Schicksal „Horch, höre, die Vögel im Aetherkranz“. Die Freunde hatten ihn, herausfordernd und neugierig, ob er hier, mitten im Lärm der Feste, viel, viel, viel komponieren könne. So erfand denn der Franz die Melodie und schrieb sie auf den Speisezetteln, mitten im Speisefest der sonntagsfrohen Epheer. Diesen Götterhof hat ich noch gekannt. Ein weißer Laubweg, wie aus einem Bild von Schindler. Ein großer Tor für hochgehende Feiern und eine riesige Küche, Speisekammer, die föhlich Licht zum Essen erregte. Das alles war genau so wie zu Schuberts Zeiten. Was die mächtigen Leuchtwärter der Kaffeebänke im Garten damals wohl etwas kleiner gewesen sein. Jetzt prunkt ein gleichmäßiges Großdachhaus an dieser Stelle. Seit langem schon. Aber immer noch habe ich die bittige Banalität seiner Fassade nicht zur Kenntnis genommen. Immer noch sehe ich, im Vorbeigehen, den „Horch!“ und seine Wiederholungsform.

Eine häßliche alte Platte war freilich lang zu sehen, bevor man in das Cottageviertel kam. Diese alte Platte war schon da, ehe es noch ein Cottageviertel gab, als noch Weinberge und Acker sich dehnten, wo nun Villen und Gärten sind. Auch hinter dieser Platte barg sich ein Altkrieger Friedhof, der langsam und still in sich versank, während ringsumher hohe Zinsfassen zum Himmel stiegen oder selber, die von Lärchen überzogen wurden, sich zu Straßen und Villengärten wandelten. Ständig blieb die lange, häßliche alte Platte, deren ihre Vorherrschaft mit dem farbigen Götterhof moderner Plakate, und in dem alten Friedhof hinter ihr saßen die Grabsteine tiefer in den Boden, verwitterten Bäume und Sträucher, wuchs Gras auf den Fußwegen. Was sollte der alte Friedhof noch? Die Kinder und Kinderkinder der Toten, die die Schwestern, waren nun auch schon gestorben. Dieser Ort der Trauer ging wirklich niemandem mehr was an.

Jetzt ist die häßliche Platte verschwunden. Einiges Möglichen war sie fort. Aber noch hinwaggegrünt. Letzte, schlanke Eisenstäbe, in masselosen Abständen, halten ein großes Eisenbügel, und jetzt bildet man hindurch in die blühende Frühlingshellerkeit eines großen, weiten Parks. Herrliche, alte Bäume breiten ihre Äste, helle Blumenbeete atmen Duft. Eine reizend gebaute Milchstraße führt zur Grotte. Von grünen Stufen umflüstert liegen Götterhöfe. Die Wege entlang sollen die Kinder. Aus den Reihen tummeln sich kleine Jungen mit dem Fußball. Die Kinder wissen nicht, daß auf eben diesen Wegen einst, früher, Trauerzüge schritten, unter Feiern und Tränen. Die kleinen Jungen,

Nach den parlamentarischen Pfingstferien.

Der Zoll Walle und Kube im Zeme- und Geschäftsausschuss.

Wir haben bereits gestern berichtet, daß der preussische Landtag schon am Montag nächster Woche seine Tätigkeit wieder aufnehmen, und zwar werden am Montag der Zeme- und Geschäftsausschuss aus der Geschäftsordnungsausschuss folgen. Der Zeme- und Geschäftsausschuss wird am Montag das Referat seines Berichtes über die bisherigen Ergebnisse des Ausschusses, besonders über die Vernehmung Gürtel- und Leder- entgegennehmen. Voraussichtlich werden die Vorschläge beantragt, daß die Abgrenzung Walle und Kube vernommen werden. Es scheint aber fraglich, ob das leicht geschehen, da der Zeme- und Geschäftsausschuss Kube von den Vorschlägen einen dreifachen Teil an den Untersuchungsausschuss gerichtet hat, so daß der Ausschuss wohl von sich aus bestimmen wird, wann Kube und Walle vernommen werden. Dazu kommt, daß der preussische Justizminister in den Untersuchungsausschuss gebeten hat, nach Möglichkeit nicht in das schwebende Verfahren gegen die beiden völkischen Abgeordneten einzugreifen. — Wie wir bereits gemeldet haben, wird sich am Montag der Geschäftsausschuss, nach der Berichtserstattung durch den demokratischen Abgeordneten Aufsicht, mit der Frage der Aufhebung der kommunalpolitischen Befähigung. Die Plenarsitzungen des preussischen Landtages beginnen am Dienstag mit der Beratung des Polizeietats, wobei starke Auseinandersetzungen zwischen rechts und links erwartet werden. Auch die Groß-Hamburg-Frage wird bereits nächste Woche den Landtag beschäftigen, und zwar finden darüber bereits nun Verhandlungen statt.

Im Reichstag wird mit Rücksicht auf das kaisertliche Kronleichenamt die Arbeit erst wieder am Freitag, 4. Juni, aufgenommen werden, und zwar folgt dann der Untersuchungsausschuss des Reichstags für die Fernermedien und Fernorganisationen; zunächst wird der Zoll Walle weiterverhandelt werden. Die Plenarsitzung des Reichstags beginnt Montag, 7. Juni, nachmittags 3 Uhr. Es stehen nur uninteressante Punkte auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien.

Der evangelisch-sozialistische Kongress.

Die 33. Tagung in Saarbrücken.

Vdz. Saarbrücken, 27. Mai.

In Saarbrücken wurde die 33. Tagung des evangelisch-sozialistischen Kongresses eröffnet. Zahlreiche Behörden und Korporationen hatten Vertreter entsandt. Im Namen der Stadt Saarbrücken brachte Bürgermeister Dr. Reises der Versammlung Grüße der Stadt. Besonders waren Worte an den Leiter des Kongresses, Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, dem Mann, der sich durch die reine Menschlichkeit seines Auftretens in allen Regungen Freunde und Verehrer erworben habe. Von starkem Beifall empfangen, nahm Reichsgerichtspräsident Dr. Simons zu einer Begrüßungsansprache das Wort. Abdom erläuterte Professor Baumgarten aus Kiel die Aufgaben des evangelisch-sozialistischen Kongresses. Im Eingangsbericht sei ein Wort ausgesprochen worden, die Verbindung von christlich und sozial sei unauflöslich. Das wäre richtig, wenn man unter sozial eine parteipolitische, parteipolitische Betätigung verstände, aber der Kongress habe kein Programm. Auf seinem Wege liege die Befreiung des Grund und des christlichen Religion, der auch sein Programm habe, und der doch im tiefsten Sinne des Wortes sozialist sei. Der Kongress stehe in der Not, die unsere Zeit zu tragen hat, und diese Not wollen wir begreifen lernen. Der Kongress wolle die idealen Ideen der Wirtschaft fassen, sittliche Normen in der Wirtschaftlichkeit, die nicht ohne Opfer durchzuführen werden können. Mehr soziale Frauenaufgaben sprach darauf Frau Kredenberger aus Heidenheim.

* Die deutsche Gesellschaft in Kopenhagen hat dem portugiesischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten am 25. Mai mitgeteilt, daß die deutschen geschäftlichen Körperlichkeiten das deutsch-portugiesische Handelsabkommen vom 20. März 1926 angenommen haben. Hiernach tritt das Handelsabkommen gemäß Artikel 11 am 1. Juni 1926 in Kraft.

die den Fußball treiben, haben keine Übung, doch früher einmal unter eben diesen Ruten, dicht nebeneinander, Zote gekümmert haben. Keinen Raum ließ die Wägen und Jünglinge, die so eifrig Tennis spielen, etwas davon wissen. Schönes grünes Gras wuchs über Vergessenen. Und die Sonne scheint vom Himmel. Es ist ein vollkommener Triumph des Lebens.

Nur dort, an der Ecke, wo man mit dem Parkgitter ein Stückchen hereinrücken mußte, sieht jetzt eine Trauerweide, ausgeschlossen, zweifels, sinnlos geworden, auf dem Straßenpflaster. Sie wurde einst auf ein teures Grab gepflanzt. Sie hat ihre Zweige zu dem Totenbühl niedergelegt und dadurch den Schmerz der Hinterbliebenen um den geliebten Dahingeschiedenen vermindert. Jetzt gibt es kein Grab mehr da, keinen Toten. Die Hinterbliebenen sind selbst schon dahin, und es gibt keinen Schmerz. Diese Trauerweide ist nur noch ein melancholischer Witz, wie sie in wehmütig pathetischer Gebärde ihre langen, arzen Zweige zum Straßenpflaster niederhängen läßt. Ausgespreizt aus dem Garten des Lebens. Allein geblieben auf der harten Erde, über die jede Gegenwart hinstellt und Zukunft wird.

So oft ich an diesem Parkgitter und an der vereinsamen Trauerweide vorbeikomme, denke ich getrübt: man muß nur lange genug leben, um zu erfahren, wie vergänglich die Dinge sind, von denen man oft geglaubt hat, sie seien für immer da. Und viele Schmerzen, viele Sorgen, viele Kummerstücke werden kleiner.

Am Wege.

G. M. Die Echar der Pfingstausflüger jog durch den Wald in das romantische Gebirge. Jugend mit Manolinen, Pärchen, die das Ständchen hinter sich und noch mehr, die es vor sich hatten, Eltern mit Kindern, zu Wagen, Auto, Motorrad, eine endlose Echar. Frohlocken, Heiterkeit im Gesicht, Lieder auf den Lippen. Die Felsen schauten majestätisch drein, wild rauchte der Gebirgsbach. — Da gibt es kein Gebirge, alles wird still, man weiß auf einen Mann am Wege; sein feingehobenes Gesicht, seine geraden Glieder verfallen, oder er nicht immer in Waldwegen fand. Er hat Vorkühnheiten zum Verkauf; neben ihm ein verständnisvoller Hund, dicht an dem Mann gekümmert. Man wußte sofort: ein Bänder, einer dem Krieg das Augenlicht raubte, dem sein Pfingstfest mehr Licht; nur die milden Gaben der Ausflüger, die vorbeizogen, geben auch ihm Kunde von dem Fest. Er hat an seiner Brust ein Schild „Auf! Helf!“ Das ist alles, was er dem Wanderer jurzt. Nicht weit davon thront auf einem seiner Hüfthügel der Götterbau mit Auto, Dienersitz, Glanz und Luxus. Er kann in ungeheurer Höhekraft das Pfingstfest genießen. Aber auch er scheint hilflosbedürftig, vermissens ruft er laut und energisch „Auf!“

Alles wird gut.

von (Raddeus verboten.)

Felix Salten.

Man muß nur lange genug leben, dann stellt sich die Erfahrung ein, wie vergänglich die Dinge sind, von denen man oft geglaubt hat, sie seien für immer da.

Freilich, wie lebt denn lange genug?

Da war ein Friedhof in Wäding, ein wunderschöner alter Totengarten. Als Kinde bin ich oft zwischen den Grabsteinen umhergelaufen und hatte natürlich den festen Glauben, die Verstorbenen lägen hier, unter dem äppig wuchernden Buschwerk, unter den bunten, wild blühenden Blumen zur ewigen Ruhe beizuliegen. Wäding ist damals eine liebliche Ortschaft „bei Wien“ gewesen. Gleich nach dem Friedhof begann das freie Gelände bis Weinhaus, dann die Grotte und weiterhin bis Pöhlendorf. Jetzt gehört das alles zur Gemeinde Wäding. Es gibt bis zum Wald kein freies Gelände mehr, und die Erde mit der ewigen Ruhe hat sich so verhalten, daß sie wieder ewig noch Ruhe kennen werden kann.

Der Reize nach hat die Knochen von Besten und Schubert, von Grillparzer und Nestor ausgegraben, um sie anderwärts beizulegen. Danach wurde der Friedhof, auch für Besucher, gesperrt. Trotzdem verheißte ich mir noch edle Male Eintritt, um zu der Gruftreihe zu gehen, wo sie nebeneinander liegen hatten, die vier: Besten, Schubert, Grillparzer und Nestor. Immer mehr Graber verschwanden jedoch, immer rabolater wurde der stille, alte Gottesacker durchwühlt. Die Leichen wurden von morosen, aus Tageslicht befreiten Sägen, der Widerkraft zwischen heftig drängenden Leben und toter Ruhe. Ich hörte meine Jüdischen, gab mir ein Gefühl von Unordnung. Also blickte ich weg. Indessen ist hier längst schon ein öffentlicher Park eingerichtet worden, und die Zersäufnisse, das um zum Gedächtnis der vier berühmten Meister stehen ließ, erinnern daran, daß

* **Berliner Musikchronik.** Edna Thomas singt im Reichs-
aal in ihrem zweiten Konzert am Freitag, 28. Mai u. a. Negerlieder
us Bedford County Virginia.

Rnokout auf der Straße.

Der Boger Milenz und Kaisers Geburtsjahr in Potsdam.

Heute vor vier Monaten, am 27. Januar 1926, haben drei Potsdamer Magistratsbeamte den Hund der neuen Zeit verurteilt. Sie haben sich erst den Göttern gleich gelacht und haben dann schüteln müssen, daß ihre Allmacht in denselben Maße begrenzt ist wie die Reichweite ihrer Arme.

Sie kamen von der Kaisergeburtstagsfeier, standen also unter Alkohol. Es war 1 Uhr nachts, und niemand war auf der Straße, denn die drei Beamten die Feierlichkeit des Tages demonstrieren wollten, hatten sich schon heimlich. Nur ein junger Mann, ein junger Mann und nahm Abschied von einer jungen Dame. Es war derselbe junge Mann, der gestern wegen der weiteren Ereignisse der Nacht vom 27. Januar vor dem Potsdamer Amtsgericht stand.

Die drei Potsdamer Magistratsbeamten haben Unglück gehabt. Sie sind über den jungen Mann hergefallen und haben ihm die Miße vom Kopf geschlagen. Der junge Mann dreht sich, wie er vor Gericht sagte, wegen solcher Kleinigkeit ja sonst nicht um. Nicht etwa, weil die anderen zu dritt waren, sondern weil er der Boger Milenz ist. Und das war im Verlauf der Dinge natürlich das Maß der drei Beamten. Der Boger Milenz nämlich bemerkt dann doch, daß die etwas große Berühmung sein Wunsch seiner Freunde gewesen war. „Wir jungen Leute begraßen uns manchmal so mit einem kräftigen Schlag, Herr Amtsgerichtsrat“, sagte er gestern. Aber da er die drei Herren gar nicht kannte, ging er ihnen nach und rief: „Weichen Sie mal stehen und einschlagen Sie sich.“ Und die Herren blieben auch stehen und haben um Verzeihung, indem der eine den Boger zunächst einmal mit einem harten Stoß zu Boden schlug. Auch später haben sie übrigens keine andere Entschuldigung vorgeschützt, als daß sie ja nicht wissen konnten, daß ihnen der Boger Milenz gegenüberstand. Das hätten sie erst später gemerkt, wenn man nicht sehr deutlich Milenz hat sich diesmal nicht ausziehen lassen. „Ich weiß nicht gleich liegen wegen solcher Kleinigkeiten“, betonte er gestern. Er ist aufgesprungen und bald mußten die Herren vom Magistrat für lange nach ihm zu Boden. Die ganze Sache dauerte nur ein paar Minuten.

Der Boger Milenz wäre weise gewesen, wenn er geflüchtet hätte. Da er sich völlig grundlos angegriffen fühlte, war er jedoch nicht still, sondern rief nach der Polizei. Und das was er war er gestern der Angeklagte. Die Potsdamer Polizei war nämlich, wie es scheint, nur im Hülferufe klammern. Sie verhielt sich dem Schreien, wenn man nicht sofort überfallen und geschlagen wird, und befolgt den barmherzigen Rat nach Hilfe als nächste Maßnahme mit sehr viel mehr Eifer. „Verloren sind wir nicht, aber ich bin eine Frau“, sagte die junge Dame gestern, die als Zeugin des Milenzschen Verstoßes vernommen wurde. „Auch bringt so eine Sache natürlich mit sich“, bemerkte sie weiter, aber auch sie konnte nicht verstehen, warum man nicht die Polizei herbeirufen darf, wenn drei über einen herfallen. (Die Angegriffenen haben selbstverständlich ihre Strafbedeutung lautlos bezeugt. Ein Strafverfahren wegen Körperverletzung ist gleichfalls eingeleitet.)

Milenz wurde freigesprochen. Daß er, der Heberfallende, den Mann „schuldig“ verurteilt hat, war nicht angenommen. Man darf demnach auch in Potsdam unangenehm im Hülfe rufen, wenn man danach bis zur höchsten Instanz geht. Das ist ein beruhigendes Gefühl, auch für einen Boger.

Neuer Zusammenbruch Rautifers.

Er muß nach seiner Wohnung übergeführt werden.

In der heutigen Sitzung des Rautifer-Prozesses, und zwar in der Mittagspause, erkrankte der Angeklagte, Herr Rautifer, an einem außerordentlich schweren Zusammenbruch, der seine Weiterführung in seine Wohnung notwendig machte. Der Angeklagte brach auf dem Korridor zusammen und wurde, da er frampfarige Anfälle bekam, auf eine der Zengensbänke geteilt. Die Bemühungen der Ärzte, ihn durch Morphiumspritzen zu beruhigen, waren vergeblich, so daß nach einem Krankenwagen telefoniert werden mußte. In der vorangegangenen Sitzung waren ziemlich schwere Reaktionen Rautifers erfolgt, die sich auf die gefälligen Telegramme und auf eine mehrstündige Untersuchung unter einem Vertragsarzt mit Rautifers amerikanischer Vater Rautifitz bezogen.

Der Autodieb mit dem Monokel.

Die Suche nach Arbeit im Automobil.

Ein Automobilist hat sich in der Nacht am Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisfriedhof in Berlin aufgeführt. Vor dem Capitol hatte ein Autodieb seinen Wagen ohne Aufsicht auf der Straße stehen lassen, während er eine Zigarre rauchte. Als er nach kurzer Zeit wieder herauskam, war das Auto verschwunden. Zwei junge Männer von 20 Jahren, Schulfreunde aus Lübeck, waren von dort zu Fuß nach Berlin gewandert, um Arbeit zu suchen. Als sie in der Nacht am Capitol vorbeikamen, sahen sie den verlassenen Wagen. Weil der eine mit dem Wagen einigermaßen Bekanntschaft hatte, kamen sie auf den Gedanken, sich künftig die Arbeitsuche etwas leichter zu machen. Der zweite Weg von Lübeck war ihnen doch etwas faul geworden und ihre Schamgefühl war gestiegen. So beschloßen sie, das Auto zu benutzen und so lange umherzufahren, bis sie Arbeit gefunden hätten. Dann wollten sie es für 100 Mark verkaufen.

An Mängelberg fehlten die beiden neuen Automobilisten in der ersten Gasse, in der sie sich zunächst einmal zu stärken. Trotz der geringen Stiefel, und obwohl die streifen tragen und Chemikalien nur noch schwach den Eindruck machten, daß sie einmal viel gewesen waren, fehlte der Wert auf, was verlangt wurde, denn die Autodiebtrüger trugen jeder einen funktionsfähigen, ganz modernen neuen Gut mit schwarzem Band, und der hatte sogar ein Monokel. Als aber bezahlt werden sollte, entdeckten beide plötzlich, daß sie kein Geld hatten. Die beiden jungen Männer, die andere zufällig kein Geld mit sich führten, zögerte wurde die Polizei benachrichtigt. Die Beamten erkannten den Wagen als den gestohlenen und nahmen die beiden Autodiebe fest. Ein Berliner Kriminalbeamter holte den Wagen ab und führte ihn seinem Eigentümer wieder zu.

Verkehrsunfall an der Weidenhammer Brücke. Beim Überqueren des Fahrdamms wurden gestern Abend an der Weidenhammer Brücke die 64 Jahre alte Baroness Marie v. Becken und die 43jährige Margarete Gohel, beide aus der Radobitzer in Wilmersdorf, von einer Kraftröhre überfahren und schwer verletzt. Beide mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Schwerer Unfall im Kraftwerk Charlottenburg.

Kurzschluß einer Hochspannungsleitung

Drei Arbeiter schwer verletzt.

Ein schwerer Unfall ereignete sich heute morgen die Feuerwehre nach dem städtischen Kraftwerk am Spreebogen in Charlottenburg, wo der Koncurrenz Hugo v. Rosenzweig aus der Baumstraße 32 in Spandau, der Arbeiter Karl Fischer, Pannierstraße 6 in Neukölln, und der Lehrling Josef Breilner, Weddingstraße 4, durch einen Kurzschluß einer Hochspannungsleitung schwere Brandwunden erlitten haben. Nach Anlegung von Notverbanden mußten die Verunglückten nach dem Krankenhaus Weidenhamer gebracht werden.

Das Charlottenburger Kraftwerk ist schon vor längerer Zeit stillgelegt worden, da die Stromerzeugung des Stadtbetriebs durch das Moabit-Werk mit abgeschafft werden kann. Nur der elektrische Strom für das Weg der Straßenbahn wird dort im elektrischen und dann weitergeleitet. Die drei genannten Arbeiter waren heute morgen mit Reparaturarbeiten an der Schaltanlage einer Hochspannungsleitung beschäftigt. Mächtig entladene in der Leitung neben dem Schaltarm Kurzschluß, und starke Lichtflammen trafen die drei Arbeiter. Der ganze Raum war sofort in Qualm gefüllt, so daß man erst die Scheiben einschlagen mußte, um zu den Verunglückten vordringen zu können.

Die Charlottenburger Feuerwehre entliefen mehrere Züge nach der Unfallstelle. Direktor vom Rettungsdienst trat ebenfalls kurze Zeit nach dem Unfall mit mehreren Ärzten und Transportwagen im Kraftwerk ein. Feuerwehre hatten unterdessen die verunglückten Männer geborgen, die am ganzen Körper schwere Verletzungen erlitten hatten. Am Krankenhaus Weidenhamer liegen jetzt alle drei in bedauerlichen Zuständen. Die Feuerwehre konnte in kurzer Zeit den entstandenen Brand löschen. Lieber die Schuldfrage konnten noch keine genauen Feststellungen getroffen werden, da die Verunglückten vorläufig noch vernunftunfähig sind.

Ein zweiter schwerer Betriebsunfall ereignete sich heute morgen an dem Fabrikgebäude der Firma A. Borfig in Zehlendorf. Mehrere Arbeiter waren hier mit dem Hochwinden eines über hundert Zentner schweren Eisenblocks beschäftigt. Diese Arbeit wurde von

dem Maschinenmeister Schulz aus Bornholmerde beaufsichtigt. Aus bisher noch unbekannten Gründen geriet die schwere Kiste ins Wanken, wobei Schulz einen furchtbaren Schlag gegen den Kopf bekam, der die Schädeldede gerisselte und den sofortigen Tod herbeiführte. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Das Großfeuer in Schönau.

Ein ganzes Stadtviertel abgebrannt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Karlsruhe, 27. Mai.

Zu dem gestern nachmittag in Schönau im Bienenfeld im Schwarzwald ausgebrochenen Großfeuer, das 25 Wohnhäuser einäscherte, werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Das Feuer ist in dem Anwesen der Witwe Hüb. einem alten Schwarzwaldhaus ausgebrochen und griff sofort auf das angebauten Nachbargrundstück über. Von hier sprang es zu den umliegenden hölzernen Häusern über und schloß sich im Verlauf von zwei Stunden dreißig Häuser ein. Telefon- und Telegraphen rief die Feuerwehr der Nachbargemeinde u. a. von Todtnau, St. Blasien, Schopfheim, Zell und Vörsch und den Motorspritzen der einzelnen Feuerwehren dieser Städte zu Hilfe herbei. An den Häusern selbst war das Eintreffen der Wehren nichts mehr zu retten. Zugewogen gelang es, das Vieh noch rechtzeitig aus den Ställen zu treiben. Gegen 7 Uhr war das Feuer auf seinen Höhepunkt gekommen. Insgesamt waren bis dahin 25 Wohnhäuser eingeäschert und etwa 40 Familien mit 150 bis 160 Personen obdachlos geworden. Das ganze Stadtviertel war in Schutt und Asche gelegt. Zunächst schien übrigens auch das Elektrizitätswerk in Gefahr; es konnte nur mit großer Mühe gerettet werden. Ebenso hatte es lange Zeit hindurch den Ansehen, als sollte auch das Amtsgerichtsgebäude ein Opfer der Katastrophe werden, doch war es den Feuerwehren möglich, auch hier die Gefahr abzuwenden.

Die meisten der von dem Unglück Heimgekehrten sind nur schwach verletzt. Glücklicherweise ist kein Menschleben zu beklagen. Die Unterbringung der vielen Obdachlosen verursacht erhebliche Schwierigkeiten. Die Namen der Brandgeschädigten waren bis gestern noch nicht festgestellt. Das weitere Umschreiben des Brandes wurde hauptsächlich durch das latente Eingreifen der auswärtigen Motorspritzen verhindert. Die eigentliche Ursache des Brandes ist noch nicht bekannt. Das Feuer fand hauptsächlich an den vielen hölzernen Schwarzwaldhäusern, die zum Teil noch Strohdach oder Schindeldachung haben, reichliche Nahrung.

Kanaldurchquerung mit zwei Hunden.

Eine neue Sensation.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 27. Mai.

In der schönen Jahreszeit beginnen wieder die Verträge, den Kanal mit durchzuführen. Diesmal ist es eine 25jährige Amerikanerin Eliza Cannone aus Baltimore, die den ersten Versuch machen wird. Sie hat sich eine raffinierte Methode ausgedacht, um ihr Unternehmen zu einer Sensation zu machen. Sie will sich nämlich von ihren beiden Hunden begleiten lassen. Diese beiden Tiere, ein männliches und ein weibliches von drei bzw. vier Jahren, stammen von der Chesapeake-Bai und sind noch frisch auf der Entenlag in den eigenen Gewässern der Suburb-Bai verwendet worden. Miss Cannone will sich einen Namen machen, indem sie sich einmal elf Stunden mit ihren beiden Hunden im Wasser zugetraut und 24 Meilen zurückgelegt, während der Kanal „nur“ 21 Meilen breit ist. Sie ist gestern nach Cap Gris-Nez abgereist, um dort mehrere Wochen unter der Leitung des Schwimmers Bouge zu trainieren.

Explosion auf einem englischen Dampfer.

Sieben Personen getötet, 25 verletzt.

Georgetown (Britisch Guyana), 27. Mai, (W. T. A.)

Infolge einer Bombenexplosion auf dem englischen Dampfer „Glenora“, der sich 80 Kilometer von der Mündung des Flusses Demerara entfernt befand, wurden sieben Personen getötet und 25 verletzt. Der Dampfer wurde nach Georgetown gesplepht.

Das Ende der „Norge“.

In Amerika zum Verkauf angeboten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Kopenhagen, 27. Mai.

Laut „Aftenposten“ ist das norwegische Luftschiff „Norge“ jetzt in Amerika zum Verkauf angeboten worden. Es wird bei dieser Gelegenheit bekannt, wie stark das Schiff bei der Landung beschädigt worden ist. Man hofft, für das Luftschiff, das ursprünglich eine Million gekostet hat, im besten Falle 100 000 Mark zu bekommen.

Eine französische Polarexpedition geplant. In Frankreich werden jetzt nach einer Meldung der „Gazette“ von Paris die Pläne für eine Polar-Expedition entworfen, die mit Schiften ausgeführt werden soll. Die Lebensmittel und andere Vorräte zu transportieren insofern sind. Die Expedition soll sich über 3000 Meilen erstrecken und im Juni die Reise antreten.

Schluß eines Strafanklagendirektors. Der 61 Jahre alte Strafanklagendirektor des Zentralgefängnisses in Rottbuss, Karl Dürer, hat in der vergangenen Nacht seinen Leben durch Erhängen ein Ende bereitet. Dürer ist seit seiner Entlassung vom Militär als Verweigerungsberechtigter eingetragener — er hatte sich eine schwere Verletzung des rechten Fußes zugezogen — zur Justizverwaltung übergegangen und war seit mehreren Jahren Direktor des Gefängnisses in Rottbuss. Wie verlautet, stand seine Verlegung zum Leiter des Moabit-Untersuchungsgefängnisses bevor. Der Grund zu dem verzweifelten Schritt soll an einen bisher noch ungeklärten Vorfall zurückzuführen sein, den der unterverletzte Strafanklagendirektor mit einem Gefangenen hatte, von dem er gehandelt worden war. Ob dieses Gerücht der Wahrheit entspricht, muß die eingeleitete amtliche Untersuchung ergeben.

Folgen des englischen Kohlenarbeiterstreiks.

Der Schiffsverkehr Boulogne—Zollense eingeleitet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 27. Mai.

Da infolge des englischen Kohlenarbeiterstreiks die Kohlenvorräte in England immer knapper werden, ist von heute der Schiffsverkehr zwischen Boulogne und Zollense und umgekehrt vollständig eingestellt worden. Infolge dieser Unterbrechung fallen auch die Schnellzüge zwischen Paris und London, die den Anschluss an den Fährdampfer vermitteln, fort.

Tagesflüge zwischen London und Paris. Die Fluggesellschaft Imperial Airways hat am 15. Mai einen Spezialflugdienst zur Verhinderung der Londoner Dampferwelt eröffnet. Dieser geschieht in den großen Pariser Magazinen ihre Einfäufe zu machen und am Abend zum Abendessen wieder in London sein will. Bereits jetzt hatten die Damen 60 Prozent der Luftpassagiere zwischen den beiden Hauptstädten gestellt, trotzdem bisher diese Verbindung für ein- und Rückreise zwei Tage in Anspruch nahm. Die neue Linie läßt ihre Flugzeuge um 8 Uhr morgens aus London abgehen; die Reisenden treffen um 10½ Uhr vormittags in Paris ein, haben Zeit, um ihre Einkäufe zu besorgen und zu lunchen, belegen ihre Aeroplane um 5½ Uhr und sind um 3½ Uhr wieder am Flughafen. Somit sind sechs Stunden für den Einkauf reserviert und der Kunde braucht sich nicht allein an den Abendflug zu setzen. Die Kosten einschließlich Luftfahrt zu den Flugplätzen belaufen sich allerdings auf 10½ Pfund.

Gewitter aus in London. Auf das nächste Mal mehr ist, wie unser „Korrespondent“ meldet, auch in London ganz plötzlich ein Gewitter gefolgt. Die Temperatur erreichte heute in London 78 Grad Fahrenheit im Schatten.



Weiterausgaben für morgen in Berlin und Umgebung. (Offizielle Wetterdienststelle Berlin. Nachdruck verboten.)

„Das heutige Russland.“

[illegible]

In seiner Kritik über die „Sozialpolitik in der Sowjetunion“ führt Hans v. Eckardt mit Recht aus, dass der Sowjetstaat seiner Idee nach eigentlich keiner Sozialpolitik bedarf – da er ja selbst die großsteigste Verwirklichung der Rechte der arbeitenden Massen zu sein beansprucht –, dass aber gerade die praktische Konsequenz dieser Idee die Naturalversorgung aller – eine beispiellose Raubwirtschaft – ist, die die „Neue ökonomische Politik“ zum Prinzip der „Wirtschaftlichkeit“ und der „Neue ökonomische Politik“ herausführt, nach der auch eine Besserung der Lohnverhältnisse der russischen Arbeiter begann. Diese „Wirtschaftlichkeit“ führte jedoch anders dazu, dass die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, auch die Abweichung von den sozialpolitischen Grundsätzen des Achtstundentages, der Arbeits resp. des Erbes der Frauen- und Kinderarbeit grösser wurde. Die wirtschaftlichen Tendenzen der russischen Entwicklung sind trefflich herausgearbeitet. Aber es ist doch ausserordentlich zu bedauern, dass dieses ganz gerade für einen Sowjetstaat so besonders wichtiges Gebiet der Sozialpolitik auf einen dürftigen Raum von 30 Seiten zusammengefasst ist. Die Probleme der Arbeiterbewegung und einzelne wichtige Probleme (Lebenshaltung, Latschen, Hauswirtschaft, Gewerkschaftsorganisation, Problem der Aktionäre, Gewerkschaften usw.) vollkommen in den Schatten traten oder gar wegließen, und die Schrift unwillkürlich den Eindruck eines Stückwerks hinterlässt...

An hervorragender Stelle unter den sozialökonomischen Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts steht die „Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Russland“, geschrieben von einem der besten Kenner der Materie, Prof. B. Brutzkus. Der Verfasser führt uns durch die wundervolle Agrargeschichte Russlands von den Anfängen der bäuerlichen Landwirtschaft bis zur sozialistischen Agrarreform und schließlich zur sozialistischen Agrarrevolution und den Agrarkommunikations- und Agrarindustriemethoden, die heute in der Sowjetunion gegenwärtig sind. In diesem größeren Werke (250 Seiten) wird, ohne irgendwelche Beschränkungen der Sachlichkeit, aber sie wird nirgends etwa nur zur trockenen Höflichkeit, sondern der Stoff gewinnt hier überall einen lebendigen Charakter.

Charakter, weil er stets in Verbindung aus den grossen Zusammenhängen der Volkswirtschaft, aber auch zu den jeweiligen lebendigen, wirtschaftlichen und kulturellen Umständen der russischen Bauern gesetzlich verknüpfend, sich darstellt. Das Ergebnis des Forschers ist, dass die russische Landwirtschaft heute wieder in einer Aufwärtsentwicklung sich befindet — wessenso — wenn sich, absolut betrachtet, vielfach (so in bezug auf lebendes und totes Inventar sowie auf Abwanderungsgewerbe und Übersiedlungsmöglichkeiten) unter Umständen der russischen Landwirtschaft, aber die Besserung nur durch die Einbeziehung des Dorfes in den freien Markt und die Entwicklung der „Neuen ökonomischen Politik“ bedingt ist und daher die Entwicklung durch das Wiederaufleben naturalwirtschaftlicher oder kommunaler, sonstigen Tendenzen wieder zurückgeworfen würde. Man eruiert Fragen, welche Bedeutung die russische Agrarentwicklung für die Grundprobleme der russischen ökonomischen Theorie hat, und man muss sich, bei der Gesamtwürdigung, die Worte von Marx (S. 2) zu suchen, haben: „Die Lösung der in seinem Vorwort der „rückfalllosen Wahrscheinlichkeit“ dieses Buches, die es zur unentbehrlichen Erkenntnisquelle für jeden wahrheitsliebenden Sachverständigen“, spricht.

Eine besondere Stelle unter den neuen Schriften des Osteuropaischen Instituts nimmt „Überschlesien und der Genfer Schiedspruch“ (in Berlin, H. Sack, 1925). Es ist ein Kollektivwerk hervorragender Sachverständiger, das Geschichte, Geographie, Kultur und schließlich das Schicksal Oberschlesiens vom Einzug der Interalliierten-Kommission bis zur Teilung des Landes schildert — das Bild einer geschichtlichen Tragödie von gewaltigen Eindruck und eine Schrift nicht nur von osteuropäischer, sondern — wie es schon Lloyd George in bezug auf das Problem erkannt hat — von gesamtösterreichischer Bedeutung.

Nikolaus Schwarzkopf. Der schwarze Nikolaus.
Verlag Eugen Koller, Leipzig.

Ein Buch vom Rhein, vom Saufen und vom Wein. Von der Liebllichkeit und dem süßen Laster dieses edlen Getränkes, gegen dessen Macht über Gemüth und Menschen der Dorflehrer Vonabitz in seiner Seelennot den Totalistenorden herbeiruft, der bald, oh weiche Enttuschung, selbst an der Spitze der Saufbrüder steht. Bis der heilige Eifer des Herrn Lehrers selbst in den Chor der dörflichen Dionysier einstimmt. Ein Buch, das ein Dichter geschrieben, der die Muse besitzt, für die etwas so breite Ausmalung eines saftigen Stillebens und prächtigen unmoralischen Idylls.

M. K.

Verantwortlicher Redakteur Fritz Engel.

Bedarfsanmeldungen von den in allen Ländern der Erde wohnenden Abonnenten der „Wochen-Ausgabe“ und der spanischen und englischen „Monatsausgabe“ des Berliner Tageblattes

10822. Filmunternehmungen, die
texte und Aufschriften her-
10823. Spielwaren und Galanteriewa-
Kanarische Inseln.
10824. Schreibhefte (Kolleghefte). (

10825. Gesellschaftsbücher, (Korr. span.)
10826. Briefpapier und Briefumschläge, (Korr. spanisch.)
Mexiko.
10827. Papierbeutel, (Korr. span.)
Schweden.
10828. Elektrotechnische Artikel aller Art, (Korr. schwed.)
Angebote von Fabrikanten, (Korr. deutsch.)
Senegal.
10829. Wer ist der Hersteller der bunten Luxustreichholzer? (bunte Streichholzer Köpfe), (Korr. deutsch.)
Spanien.
10830. Spiralfederkissen, (Korr. deutsch.)
Vereinigte Staaten.
10831. Wasserleitungsgegenstände, (Korr. engl.)

Inserventen unserer Exportblätter erhalten die Adressen sämtlicher Anfragesteller unaufgefordert kostenfrei. Für andere interessierte Firmen

Übernehmen wir die Weiterleitung von Angeboten an die Fragesteller gegen eine Gebühr von 1 Reichsmark für jede Offerte

Insertions-Aufträge nimmt jedes Bureau der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse entgegen sowie das

Verlag des Berliner Tageblatts, Abteilung Auslandsausgaben · Rudolf Mosse · Berlin SW 19.

Das Urteil im Brandstädter-

26. Budapest, 26. Mai.
Heute wurde das Urteil in dem Transsylvanienprozeß gefällt. Ein starkes Polizeiaufgebot war die Straßen in der Umgebung des Justizpalastes gesperrt, weil man Demonstrationen von den rechtsabstimmenden Verbänden befürchtete, die doch unterbunden. Im Gerichtssaal herrschte ein lebensgefährliches Geräusch. Unter lauterer Stille verkündete der Präsident das folgende Urteil:

Die Verkündung des Urtheils und die Verlesung des Mottendebrets währte über zwei Stunden, hierauf wurde der Staatsanwalt die Verurtheilung gegen das Urtheil für Adolfs und mehrere kleine Beamte des kriegsgraphischen Instituts an. Die Verurtheilten sämtlicher Beamten meldeten den Verurtheilung an. Auf den Antrag der Verurtheilung wurden sämtliche Beamten die auf den Landespolizeibeamten Adolfs und den Prinzen Windischgrätz auf freien Fuß gesetzt.

[illegible][illegible][illegible][illegible]

**250 000 Beutel
Stoffbarben**
in Qualität, auch in kleineren Mengen
billig abzugeben
- Brauer & Co. Stoffbarbenfabr.
Fritz Reber, Braunschweig

[illegible]

en
 end for
 life and,
 B. 8.
 1.
 N
 Gutter:
 r. 11.
 N
 r. 26.
 N
 r. 46.
 L
 r. 77.
 N
 N
 L
 46.

Die Geldentwertung in Frankreich.

Die Aufrollung der latenten Inflation. — Abstoßen der bons de défense nationale. — Die Flucht in die Devisen.

Von

Dr. Kurt A. Hermann.

Diese Darstellung der inneren Gründe für die Frankfurter Wende bereits vor den letzten Kursturz geschrieben. Sie zeigt die kritische Lage, in der sich die Fran bereits längere Zeit befindet hat und die zur Katastrophe führen muss, falls die Stabilisierung weiter ausbleibt.

Die französische Geldentwertung ist im Laufe der letzten Monate in ein neues Stadium eingetreten, das die Zukunftssorgen des französischen Franes in einem weit trübenderen Lichte erscheinen lässt, als die früheren Phasen der Entwicklung. Der erste Franksturz im Jahre 1919 war ausschließlich eine Folge des Defizits, das die französische Zahlungsbilanz in dem Augenblick aufweisen musste, als die amerikanischen Kriegsvorschüsse und die übrigen künstlichen Stützen des Frankkurses fortfielen. Die zweite Phase der französischen Geldentwertung, die im Jahre 1923 einsetzende „Kampf um den Franc“, geht in ihren Ursachen fast ausschließlich auf die Frankentwertung zurück, die Frankreich in den Jahren 1919 bis 1922 ins Ausland verkaufte und die jetzt — nicht zuletzt von politischen Momenten beeinflusst — liquidiert wird. Ihr besonderer Charakter besteht in der Entwicklung durch die — in der Geschichte der Währungszerstörungen einzigartige — Tatsache, dass die Zerstörung des Frankkurses mit einer Eigenaktivität der französischen Zentralbank kontrastiert, die Frankreich so ziemlich als erster der kriegsbetroffenen europäischen Staaten im Jahre 1924 und besonders 1925 erreichen konnte. Es ist eine besondere Tragik der französischen Währungsentwertung, dass die mühsam erzielte Eigenaktivität der Zahlungsbilanz durch die Frankverkäufe des Auslandes illusorisch gemacht wurde. (In dem Zeitraum, in dem die Deutsche Reichsbank die Zahlungsbilanz durch den Kreditfluss aus dem Ausland geborgt-aktiv machen konnte, wurde Frankreichs eigen-aktive Zahlungsbilanz durch die erzwungene Rückzahlung des kurzfristigen Auslandkredits in den Vorjahren durch die Frankverkäufe an das Ausland erlangt worden war, „rückzahlungs-passiv“).

Diesen beiden ersten Phasen der Entwicklung ist gemeinsam, dass der Anstieg zur Frankentwertung ausschließlich von aussen, aus der Zahlungsbilanz, kam und dass die Inflation, die Geldentwertung im Inneren, einen direkten Einfluss nicht ausübte. Ein mitwirkendes Verschärfen der inneren Inflation kann man nur darin sehen, dass die Geldvermehrung jenen Verhältnissen übersteigt, wenn nicht geschaffen hat, der im Jahre 1919 zu der überhöhten Inflation beigetragen und damit die Passivierung der Zahlungsbilanz geführt hat. Entscheidend ist aber, dass in den beiden ersten Phasen der französischen Geldentwertung, also etwa bis Ende 1925, von verschwindend geringen Ausnahmen abgesehen, von einem aktiven oder passiven Devisenhandeln (durch Zahlungsbilanz, Devisen) ein ausschlaggebender Einfluss auf den innerfranzösischen Devisenbedarf und damit auf Zahlungsbilanz und Francurs nicht ausgeht wurde. Die spezifische Geldentwertungs-Mentalität, die für den Ablauf der deutschen Marktentwertung in den letzten Jahren entscheidend war, war in Frankreich nicht vorhanden. Die französische Bevölkerung noch nicht eingedrungen. Vielmehr handelte es sich in den Jahren, als der Inflationsprozess weitaus stärker war als in Deutschland, eine starke Stütze in der Tatsache, dass die große Masse der Bevölkerung an ihrem Franc festhielt.

Seit Ende 1925 ist aber ein Umschlag eingetreten und eine neue Phase der Entwicklung eingeleitet, die eine besondere Gefährlichkeit sich aus dem Vergleich mit den letzten Jahren der deutschen Geldentwertung und Marktentwertung ergibt. Es sind deutliche Anzeichen vorhanden, dass im Gegensatz zu der bisherigen Entwicklung die beschworene Geldentwertungs-Mentalität in der französischen Wirtschaft Eingang gefunden hat und dass heute nicht mehr die Zahlungsbilanz und vor allem nicht mehr die Liquidierung der ausländischen Frankentstände, sondern in der Hauptsache die Form von Bonds der Bank, die sogenannten „Bons de Défense Nationale“, die Ursache der Frankentwertung sind.

In den beiden ersten Phasen der Frankentwertung war die Inflation nur deshalb ohne Einfluss auf den Francurs, weil die Bevölkerung die von Staat und Bank ausstehende Kaufkraft nicht zur Verbrauchsausweitung ausnutzte, sondern in Form von Bonds der Bank und anderen kurzfristigen Schuldtiteln des Staates hantierte, also ihre Anspargung vorläufig vertagte. Aus der Kaufkraftschöpfung war somit die latente Inflation entstanden, die im Jahre 1922 bezeichnete als „Zukunftssorgen des Francs die Frage, was sich die französische Bevölkerung des fiktiven Charakters ihres Reichtums bewusst werden und durch Ausfüllen der latenten Inflation ihren fiktiven Reichtum (Francforderungen) in effektive Devisen oder fiktiven Devisen (als Sachunterstützung) umwandeln würde. Heute ist dieses seit der Bevölkerung versucht, ihren fiktiven Reichtum überstürzt in reale Werte umzuwandeln.

Die Aufrollung der latenten Inflation war schon im Jahre 1925 durchschaut. Die Frankentwertung, die Frankreich seit Anfang 1925 durchmachte und die den letzten Kursturz herbeiführte, war von Frankreich erzwungen hat, war fast ausschließlich eine Krise der „Fälligkeiten“. Im Jahre 1925 hat der Franc insgesamt 14.500 Millionen Fr. bei der Bank neu begeben müssen. Nur 2883 Mill. Fr. entfallen davon auf Budgetdefizit, der Rest von 11.617 Mill. Fr. auf die Einführung innerfranzösischer Fälligkeiten, nämlich:

Obligations D. N. 1915—1925	512 Mill. Fr.
Credit National 1922 (Juli)	172 „ „
Bons du Trésor 1922 (25. September)	3631 „ „
Bons du Trésor 1923 (8. Dezember)	3286 „ „
Rückfluss von Bons D. N.	3286 „ „

Die französische Wirtschaft hat also bereits im Jahre 1925 12 Milliarden Francs seiner Kaufkraftreserven mobilisiert und in effektive Kaufkraft umgewandelt. Aber in diesem Zeitraum war die Aufrollung der latenten Inflation noch nicht als Ursache, sondern mehr als Folgeerscheinung der von der Zahlungsbilanz ausströmenden Geldentwertung gesehen worden. Der erhöhte Geldbedarf, den die Freistellung verursacht hat, ist die Wirtschaft gezwungen, die Bonds de la Défense Nationale zwecks Geldbeschaffung abzugeben. Die Aufrollung der latenten Inflation erfolgte in der Hauptsache, weil der Geldmarkt die staatlichen Schuldtitel nicht mehr halten konnte.

Jetzt sind aber deutliche Anzeichen dafür vorhanden, dass die Wirtschaft die Bonds DN nicht mehr halten will, sondern sich darauf stellt, ihre Kaufkraftreserven zur jederzeitigen Umwandlung in reale Werte flüssig zu halten.

Bisher entfiel der größte Teil der umlaufenden Bonds DN auf Stücke mit einjähriger Laufzeit. An dem jetzt noch ausstehenden Umlauf haben heute die kurzfristigen Stücke weit höheren Anteil. Es waren im Umlauf (in Mill. Fr.):

Laufzeit	31. 1. 1925	31. 12. 1925
1 Monat	3715	4874
3 „	2323	3421
6 „	1348	2704
12 „	3319	6096
	6486	4575

Anfang 1925 betrug die durchschnittliche Umlaufzeit noch 10,1 Monate. Ende 1925 ist sie auf 8,6 Monate gesunken.

Der Eindruck, dass die französische Bevölkerung heute auf die Geldentwertung eingestellt ist und sich leicht hilt, um jederzeit ihre Franken in reale Werte umzuwandeln, wird durch die Ent-

wicklung der französischen Grossbanken verstärkt. Hier belaufen sich in Mill. Fr.:

	Ende	Wechsel	Vorschüsse	Depositen
Dez. 1921	9 876,2	2 935,4	12 566,6	
„ 1922	10 600,1	2 713,8	13 863,7	
„ 1923	10 515,1	1 510,4	14 267,5	
„ 1924	9 797,1	4 230,5	14 612,2	
„ 1925	13 222,2	4 502,6	19 502,5	
Jan. 1926	14 144,4	4 167,9	20 556,2	

Hier haben die „Wechsel“-Bestände (d. h. in der Hauptsache Schatzwechsel) seit Ende 1924 Zuzunahme um rund 4300 Millionen Fr. erfahren. Die Schatzwechselverkäufe, die das Publikum im Jahre 1925 vorgenommen hat, beschränken sich also zumeist auf die 3500 Mill. Fr., die der Trésor hat bei einlösen müssen. Sie erhöhen sich noch um mehr als 4000 Millionen, die von den Banken aufgenommen werden konnten, weil das Publikum den Verkaufserlös auf Depositionskonto stehen liess.

Die internationale parlamentarische Konferenz über Kohlenproblem und Schiffahrtsverkehr. — Ein englischer Abgeordneter wies auf die Situation hin: In der gestrigen Sitzung der internationalen parlamentarischen Konferenz in London, an der bekanntlich die Vertreter von 40 Ländern teilnahmen, wurde zunächst über das internationale Kohlenproblem referiert. Der Vorsitzende, ein englischer Abgeordneter, wies auf die Situation hin: In der gestrigen Sitzung der internationalen parlamentarischen Konferenz in London, an der bekanntlich die Vertreter von 40 Ländern teilnahmen, wurde zunächst über das internationale Kohlenproblem referiert. Der Vorsitzende, ein englischer Abgeordneter, wies auf die Situation hin: In der gestrigen Sitzung der internationalen parlamentarischen Konferenz in London, an der bekanntlich die Vertreter von 40 Ländern teilnahmen, wurde zunächst über das internationale Kohlenproblem referiert.

Die internationale parlamentarische Konferenz von 1926 erkennt die wachsende Bedeutung von Energiequellen, wie Öl und Elektrizität als Vorhanden der Kohlenbedarfs der Welt, welche heute fast annähernd so gross ist wie vor dem Kriege, und dass es, wenn nicht Störungen in den politischen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen vorhanden sind, eine weitere, wenn auch nicht so rasche, wiegenwärtigen Konkurrenzschwierigkeiten der Kohlenindustrie auszuweichen und den Kohlenbedarf in den grossen Kohlenproduzierenden Ländern und Völkern der Welt, eine eingehende Untersuchung der anomalen Ursachen für Unterkonsumtion, Währungsentwertung und ungelöste wirtschaftliche Verhältnisse anzustellen, in der Hoffnung, dass durch deren Beseitigung die Weltkonsumtion der Kohlenindustrie entsprechend der Nachfrage ausdehnen und eine Senkung der Preise, eine wirkungsvolle Anregung für die allgemeine industrielle Entwicklung sowie eine Besserung des Lebensstandards der Arbeiter mit sich bringen werde.

Ferner standen Schiffahrtsprobleme auf dem Programm. Sir Frederic Levis, der Präsident des Furness Withy Konzerns, fasste kurz die bekannten Ursachen für die gegenwärtige Schiffahrtskrise zusammen und betonte, dass das dringende Bedürfnis der internationalen Schiffahrt die Gleichberechtigung aller Schiffe in allen Meeren und Häfen sei. Zweitens sei es erforderlich, dass die zahlreichen Konflikte, die aus verschiedenartigem Schiffahrtsrecht der einzelnen Länder entstehen, beseitigt würden. Eine Resolution, in der diese Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht wurde, und in der die Regierungen ersucht werden, die internationale Schiffahrtskonvention sobald wie möglich zu ratifizieren, wurde angenommen. Auch gegen die doppelte Besteuerung in den verschiedenen Ländern protestierte die Versammlung.

Die Kreditfaktoren für die Binnenschiffahrt. Vor der Durchführung. Wir haben bereits vor mehreren Wochen auf die geplante Kreditaktion des Reiches zugunsten der Binnenschiffahrt hingewiesen. Bekanntlich soll den drei bestehenden Schiffhypothekenbank ein Beschränkung in Höhe von 45 Mill. M. unter Übernahme von 3000 Schiffhypotheken durch das Reich gewährt werden, während die Hypothekenbanken zu etwa 8 pCt. zinsfähige Pfandbriefe im gleichen Betrage am offenen Markt emittieren wollen, so dass für den Gesamtkredit ein gemeinsamer Zinssatz von 5 pCt. (ausschliesslich Verwaltungskosten) erzielt werden soll. Der Entwurf liegt dem Reichsanwaltschaft vor. Derzeit wird dem Reichskabinett vor und dürfte in den nächsten Wochen bereits dem Reichstag zur Genehmigung zugehen. Wie wir hören, werden augenblicklich Erwägungen angestellt, diese Kreditaktion auch für das nächste Etatsjahr weiterzuführen. Jedoch soll der Betrag nicht „einen hoch sich irgend welche bestimmte Beschlüsse sind aber noch nicht gefasst.“

Aus dem Wilhelm-Hartmann-Konzern. — Die Abschlüsse der Natronzell- und der Papierfabrik Krappitz. — Je 10 pCt. Dividende. Aus dem Wilhelm-Hartmann-Konzern legen jetzt die Natron-Zell- und Papierfabrik Akt.-Ges. und die Papierfabrik Krappitz, beide in Berlin, ihre Rechnungsbilanzen für das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr 1925 vor. Beide Gesellschaften weisen befriedigende Gewinn- und Bilanzverläufe auf. Sowohl bei der Natronzell- und Papierfabrik Akt.-Ges. als auch bei der Papierfabrik Krappitz ist es möglich, die Dividende in Höhe von 10 pCt. aufzunehmen, und zwar beide Male mit je 10 pCt. auf die Verkehrsaktiven von 4.828.350 M. bei der Natronzell- und von 2 Mill. M. bei der Papierfabrik Krappitz, die der deutsche Zündholzmarkt in Höhe von 148.725 M. abzudecken hatte.

Wie in den Geschäftsberichten mitgeteilt wird, war die Entwicklung befriedigend. Die Betriebe konnten intensiver ausgenutzt und die Absatzmöglichkeiten sowohl im Inland als auch im Export (das letztere besonders bei der Natron) verbessert werden. Erst in den letzten zwei Monaten ging der Auftragsbestand etwas zurück. Es waren aber nur vorübergehende Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen bei den kleineren Werken notwendig. Bei der Natron-Zell- und Papierfabrik Akt.-Ges. wurden 1.367.544 M. (3.067.900 M. (einschliesslich 20.308 M. Gewinnvortrag aus 1924) gestiegen. Auf der anderen Seite haben die Unkosten diesmal 2.265.833 M. (2.970.254 M.) betragen. Es bleibt immer der Gewinnzuwachs verhältnismässig sehr weit zurück, dass nicht nur der Reingewinn von 20.308 auf 519.217 M. steigt, sondern auch höhere Abschreibungen (282.858 M. i. V. 226.945 M.) möglich sind. In der Bilanz ist das Anlagevermögen, das nur relative geringe Zugänge aufzuweisen hatte, von 3.220.701 M. auf 3.679.808 M. zurückgegangen. Daneben stehen die Bestellungen mit 2.027.428 M. (2.020.380 M.) ein, ungeachtet die 671.660 M. wieder mit partiell aktivierten Vorräten (Aktiven 1035 pCt.). Ferner sind die Warenvorräte mit 3.040.428 M. (3.074.215 M.) und die Debitoren mit 2.254.586 M. (2.336.054 M.) bewertet, während auf der anderen Seite die Kreditoren, die diesmal summarisch ausgewiesen sind, 4.336.292 M. (3.864.292 M.) betragen. Der Reingewinn ist also um 20 pCt. gestiegen, während die Unkosten, trotz der verhältnismässig starken Kostensteigerung (über die Ziffern hinaus) ist die Bilanz, die an und für sich zwar nicht flüssig ist, nur verhältnismässig wenig stärker gespannt als im Vorjahr. Vielleicht liegt es daran, dass der Konzern im Jahre auch einen Teil der Kreditoren in ein langfristiges Darlehen bzw. in eine Anleihe oder in eine Emission von jungen Aktien zu konsolidieren. Nach dem Natron-Zell- und Papierfabrik Akt.-Ges. und der Papierfabrik Krappitz sind 1.367.544 M. auf 2.700.994 M. und die Unkosten von 1.367.544 M. auf 2.127.909 M. gestiegen. Auch hier werden die Abschreibungen von 174.532 M. auf 180.105 M. erhöht. Der Reingewinn stellt sich auf 386.918 M. Von diesem Überschuss wird zunächst der 1924er Verlust in Höhe von 148.725 M. gekürzt. Dann verbleiben nach Abzug der Dividenden und Abschreibungen noch 238.193 M. an den Reserven (bei Auskehrung von 13.333 M. Aufsichtsratsanteilen) noch 12.960 M. zum Vortrag auf neue Rechnung.

In der Bilanz ist das Anlagevermögen 62.937 M. Zuzunahme (vor allem auf Maschinenkonto) von 171.170 M. auf 2.050.951 M. zurückgegangen. Daneben stehen die Warenvorräte mit 794.322 M. (181.396 M.), die Debitoren mit 415.599 M. (511.458 M.) und die Barmittel mit 25.616 M. (21.900 M.) ein, während auf der anderen Seite die Kreditoren von 994.392 M. auf

813.817 M. zurückgegangen sind. Obwohl die Warenvorräte aus dem verstärkten Geschäft eine beträchtliche Erhöhung erfahren haben, ist der Status also leichter als im Vorjahr. Die beiden anderen Konzernwerke, die Oberschlesische Zellstoffwerke Akt.-Ges. und die Papierfabrik Oker Akt.-Ges., deren Aktienkapital von 2 Mill. M. bzw. 650 Mill. M. vollständig im Besitz der Natron-Zell- und Papierfabrik Akt.-Ges. und deren Betriebe von der Natron-Zell- und Papierfabrik Akt.-Ges. in Pacht geführt werden, haben ebenfalls befriedigend gearbeitet. Die von der Stangengesellschaft an sie gezahlten Pachtsummen wurden zu Abschreibungen verwandt. Auch im letzten Jahr war die Beschäftigung des Konzerns bisher befriedigend.

Der Kampf in der deutschen Zündholzindustrie. — Die Forderung nach Zwangskontingentierung. Wir haben des öfteren darauf hingewiesen, dass sich in der deutschen Zündholzindustrie erbitterte Kämpfe zwischen dem schwedisch-amerikanischen und den deutschen Zündholztrüsten und den freien deutschen Zündholzfabriken, die noch dadurch verschärft werden, dass es dem Trüsten gelingt, während der Inflation die massgebenden und grösseren Fabriken (Deutsche Zündholzfabriken Akt.-Ges., Stahl & Nitschke, die in Schweden und in Amerika in der Zündholzindustrie sehr geschickt geführt worden ist, hat im letzten Jahr einen sehr beträchtlichen Machtzuwachs für den Schweden trüsten gebracht. Während im vorigen Jahr noch ungefähr 60-70 pCt. der deutschen Zündholzfabriken unabhängig zusammengefasst, die in Schweden und in Amerika in der Zündholzindustrie sehr geschickt geführt worden ist, hat im letzten Jahr einen sehr beträchtlichen Machtzuwachs für den Schweden trüsten gebracht. Während im vorigen Jahr noch ungefähr 60-70 pCt. der deutschen Zündholzfabriken unabhängig zusammengefasst, die in Schweden und in Amerika in der Zündholzindustrie sehr geschickt geführt worden ist, hat im letzten Jahr einen sehr beträchtlichen Machtzuwachs für den Schweden trüsten gebracht.

Sehr viel zu dem erfolgreichen Vordringen des schwedisch-amerikanischen Trüsten hat die Uneinigkeit der freien Fabriken untereinander beigetragen, die zu einem kraftvollen Zusammenschluss sich sogar dazu verleiten liessen, sich gegenseitig zu unterbinden. Die Situation hat sich nun so zugespitzt, dass über kurz oder lang der Kampf in die Öffentlichkeit ausbrechen wird. In der Tat sind in der Zündholzindustrie in Deutschland Monopole entstanden. Bekanntlich hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Hertz in einer Reichstagsdebatte schon die Regierung zur Zwangskontingentierung der Zündholzindustrie aufgefordert. Die Regierung hat sich zwar nicht dazu geäußert, aber die Zündholzindustrie ist in der Tat in der Zündholzindustrie in Deutschland Monopole entstanden. Bekanntlich hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Hertz in einer Reichstagsdebatte schon die Regierung zur Zwangskontingentierung der Zündholzindustrie aufgefordert. Die Regierung hat sich zwar nicht dazu geäußert, aber die Zündholzindustrie ist in der Tat in der Zündholzindustrie in Deutschland Monopole entstanden.

Wie wir hören, hat man im Reichswirtschaftsministerium diese Forderung der freien Fabriken zum Gegenstand eingehender Besprechung gemacht, die noch nicht abgeschlossen sind. Es ist ein Gutachten des Reichswirtschaftsrats angefordert worden, der die achtenden Parteien vernehmen soll, und von dem Ausfall dieses Gutachtens wird die Entscheidung über die Zwangskontingentierung abhängen. Nach unserer Kenntnis sind die Zündholzfabriken schlag gemacht worden, dass sie die Reichswirtschaftsminister früher immer mit dem Hinweis abgelehnt, dass dadurch die natürliche Entwicklung einer Industrie unterdrückt werden würde. Die Zündholzindustrie hat aber in der Tat in der Zündholzindustrie in Deutschland Monopole entstanden. Bekanntlich hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Hertz in einer Reichstagsdebatte schon die Regierung zur Zwangskontingentierung der Zündholzindustrie aufgefordert. Die Regierung hat sich zwar nicht dazu geäußert, aber die Zündholzindustrie ist in der Tat in der Zündholzindustrie in Deutschland Monopole entstanden.

Leider ist die Zündholzindustrie in Deutschland Monopole entstanden. Bekanntlich hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Hertz in einer Reichstagsdebatte schon die Regierung zur Zwangskontingentierung der Zündholzindustrie aufgefordert. Die Regierung hat sich zwar nicht dazu geäußert, aber die Zündholzindustrie ist in der Tat in der Zündholzindustrie in Deutschland Monopole entstanden. Bekanntlich hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Hertz in einer Reichstagsdebatte schon die Regierung zur Zwangskontingentierung der Zündholzindustrie aufgefordert. Die Regierung hat sich zwar nicht dazu geäußert, aber die Zündholzindustrie ist in der Tat in der Zündholzindustrie in Deutschland Monopole entstanden.

Ein griechischer Lastwagenantrag für Hana-Lloyd. Die Gesellschaft hat, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, von der griechischen Regierung einen Auftrag auf Lastwagen in Höhe von 5 Mill. mit zweijähriger Lieferfrist erhalten.

Textilindustrie Niederrhein Akt.-Ges. in Mönchengladbach. In der am 31. Mai stattfindenden Bilanzsitzung wird vorläufiglich eine Dividende von wieder 6 pCt. in Vorschlag gebracht werden. Die Gesellschaft wird Abschreibungen auf Gebäude und Maschinen in Höhe von ca. 180.000 M. d. h. von 5 pCt. der Aktienkapitals, vornehmen und ausserdem dem gesetzlichen Reservefonds, der 10 pCt. der Aktienkapitals ausmacht, eine Summe von ca. 65.000 M. zuzuführen. Die augenblickliche Gewinnzusammenfassung ist befriedigend. Es lagen etwa für drei Monate Aufträge vor.

Fabrik für Blechballen Akt.-Ges. F. Schiffer Nachf. Akt.-Ges. in Berlin. Wie wir erfahren, wird der abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Verlust von 100.000 M. abgeschlossen, wurden 29.921 M. Gewinn auf neue Rechnung vorgetragen, eine Dividende gelangte nicht zur Ausschüttung. Der Verlust führt in der Bilanz zu einem Abgang von 100.000 M. auf den Gewinn. Die Zinsenverpflichtungen gehen habe. Im laufenden Geschäftsjahr werden die Zinsenverpflichtungen nicht entfallen. Im übrigen haben die Zinsenverpflichtungen nicht entfallen. Im laufenden Geschäftsjahr werden die Zinsenverpflichtungen nicht entfallen. Im übrigen haben die Zinsenverpflichtungen nicht entfallen. Im laufenden Geschäftsjahr werden die Zinsenverpflichtungen nicht entfallen. Im übrigen haben die Zinsenverpflichtungen nicht entfallen.

Keine Diskontierungsmässigung in England. Unser Londoner Wirtschaftskorrespondent dröhrt uns, dass auch die georgische Wochensatzung der Bank von England keine Diskontierungsmässigung beschlossen hat.

Zwei Ausgleichsvorschläge. — Die Namen der Unterhändler.

In Ergänzung zu unseren Ausführungen in heutigen Morgenblatt über den einstimmigen Aufsichtsratsbeschluss der Schultheißen-Patzenhofer Brauerei-Akt.Ges. sei noch bekannt, wer alles an der Verständigungskommission vertreten ist. Es sind an folgenden Herren zusammen: Generalkonsul Eugen Leuchter (Aufsichtsratsvorsitzender bei Schultheiß und Aufsichtsratsmitglied bei Ostwerke und bei Kahlbaum), Jacob Goldschmidt (Geschäftsführer bei Ostwerke und bei Kahlbaum), Jakob Goldtender Aufsichtsratsvorsitzender bei Kahlbaum, Dr. v. Stass (Direktor der Deutschen Bank, Aufsichtsratsmitglied bei Ostwerke und bei Kahlbaum), Gustav Pistor (Direktor der vereinigten Ostwerke, Aufsichtsratsmitglied bei Schultheiß und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei den Ostwerken und bei Kahlbaum), Dr. Walter (Generaldirektor bei Schultheiß und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei den Ostwerken und bei Kahlbaum) und Ludwig Katzenberg (Generaldirektor der Ostwerke und der C. A. F. der Kahlbaum) und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Schultheiß). Und Generaldirektor, in der die Kommission verhandeln soll, wird vertreten durch Herr Leuchter, den Aufsichtsratsvorsitzenden von den Ostwerken und von Kahlbaum, den Aufsichtsratsmitglied bei Schultheiß, durch Justizrat Walter, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Kahlbaum, durch Katzenberg (Aufsichtsratsmitglied bei den Ostwerken und bei Kahlbaum) und Generaldirektoren Albert Weiß (Aufsichtsratsmitglied bei Schultheiß) und Kahlbaum. Der Schutzverband der Kahlbaum-Akt.Ges. müßte, dem Herr J. Stern bekanntlich nicht angehört, der unseres Kahlbaum-Kapital nicht mehr als über 20 pCt. (von 20 Mill. M.) in dem Unternehmen besitzt, nimmt vorläufig an den Kommissionen nicht teil. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich eine Plattform zu finden, die die Verständigung ermöglicht. Ob das zweckmäßig ist, muss dahingestellt bleiben. Falls nicht, dürfte die jetzige Konstitution aber dahin führen, dass die Herren, die eine Einigung zustande kommt, bei der Schutzverband zusammenkommen, während die für ihn nicht annehmbar ist und womöglich teilweise auf dem Boden der

[illegible]

Neue Zulassungen zur Beleihung von Pfandbriefen durch die Reichsbank. Das Reichsbank-Direktorium hat beschlossen, die nachstehend aufgeführten Wertpapiere zur Beleihung be-

des Reichsbank in „Klasse A“ zuzulassen: Bayerische Hypothekendarlehenbank, Reichsbank in München, Sproz. Gold-Hypothekendarlehenbank, Reichsbank in Nürnberg, Sproz. Goldpfandbriefe, Reihe 81-86, Reichsbank Aktiengesellschaft in Berlin, Sproz. Gold-Hypothekendarlehenbank, Reichsbank für die Provinzen der Preussenscheulverordnungen von 1926, Reihe 4, Mitteldeutsche Sproz. Gold-Hypothekdarlehenbank, Greitz, Sproz. Gold-Hypothekendarlehenbank, Kassel, Sproz. Gold-Hypothekendarlehenbank, Paderborn (Proussen), sproz. Goldpfandbriefe, Pfälzische Kreditbank in Ludwigshafen (Rhein), Sproz. Gold-Hypothekendarlehenbank, Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank in Köln, Sproz. Gold-Hypothekendarlehenbank, Emmerich am Niederrhein, Sproz. Gold-Hypothekendarlehenbank, Rheinisch-Schlesische Boden-Credit-Bank in Köln, Sproz. Gold-Hypothekendarlehenbank, Rostocker Sproz. Gold-Kommunalbankgesellschaft in Berlin, Sproz. Goldrentenbriefe, Reihe 2, Sproz.

*** Zulassung von Barmer Bankverein-Aktien zum Rössterminhandel.** Vom 1. Juni 1926 ab sind laut Bekanntmachung des Börsenvorstandes Barmer Bankverein-Aktien

[illegible]

R.N. (326 654). Guthaben von Versicherungsgesellschaften belaufen sich auf 2 332 735 *R.M.* (2 307 923). Neu gewählt in den Aufsichtsrat wurden Unterstaatssekretär z. D. v. Radowitz und Dr. Brandt, beide als Vertreter des Automobilklubs von Deutschland.

*** Spezialisierung und Verkaufsgemeinschaften im Maschinenbau. — Der Weg zur Rationalisierung von Produktion und Vertrieb.** Auf der

Leitenden Jahrestagung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten wurde in eindrucksvoller Weise der Maschinenbau aufgefordert, durch Selbsthilfe, Spezialisierung und Zusammenschluss der spezialisierten Betriebe zu Verkaufsgemeinschaften in denen die Produktionsprogramme der Fabriken organisch und systematisch aufgeteilt sind, für eine Besserung seiner Lage Sorge zu tragen. Im Verfolg dieser Bestrebungen berichtet jetzt der Verein in einer sehr interessanten kleinen Schrift über die Erfahrungen.

[illegible]

Aus der sehr interessanten Darstellung, die über die Technik erartiger Organisationen mancherlei enthält, und durchaus die Schwierigkeiten neben den Vorteilen zeigt, ergibt sich, dass hier

[illegible]

* Akt.-Ges. Georg Egestorffs Salzwerke und Chemische Fabriken in Hannover. — 6 pCt. Dividende. Die Gesellschaft weist für 1925 eine Gesamteinnahme von 0,99 Mill. M (1,05) Millionen bezugsberechtigter Aktien.

[illegible]

* **Industriebau-Akt.-Ges.** in Berlin. In der Generalversammlung wurde der Abschluss für 1925 einstimmig an-

men. Nach dem Bericht des Vorstandes hatte die geringe Anzahl der Mitglieder sich besonders schweriger Wetherwerb zur Folge. Der Umsatz der Gesellschaft betrug 1932 10.000,-, 1933 10.500,-, 1934 10.200,- (i. V. 728.000). Nach Abzug von 590.800,- 5315,- Generalkosten und 151.814,- (189.288) von Abschreibungen und anderen Abgaben, betrug der Gewinn 1932 10.000,-, 1933 10.500,-, 1934 10.200,-. Der Gewinnvortrag aus 1934 mit 218.961,- nach Ausschüttung von 218,- Dividende auf 144.000,- Vorkassezahlungen sind namentlich nach dem Bericht des Vorstandes 1935 144.000,-, 1936 144.000,-, 1937 144.000,-, 1938 144.000,-, 1939 144.000,-, 1940 144.000,-, 1941 144.000,-, 1942 144.000,-, 1943 144.000,-, 1944 144.000,-, 1945 144.000,-, 1946 144.000,-, 1947 144.000,-, 1948 144.000,-, 1949 144.000,-, 1950 144.000,-, 1951 144.000,-, 1952 144.000,-, 1953 144.000,-, 1954 144.000,-, 1955 144.000,-, 1956 144.000,-, 1957 144.000,-, 1958 144.000,-, 1959 144.000,-, 1960 144.000,-, 1961 144.000,-, 1962 144.000,-, 1963 144.000,-, 1964 144.000,-, 1965 144.000,-, 1966 144.000,-, 1967 144.000,-, 1968 144.000,-, 1969 144.000,-, 1970 144.000,-, 1971 144.000,-, 1972 144.000,-, 1973 144.000,-, 1974 144.000,-, 1975 144.000,-, 1976 144.000,-, 1977 144.000,-, 1978 144.000,-, 1979 144.000,-, 1980 144.000,-, 1981 144.000,-, 1982 144.000,-, 1983 144.000,-, 1984 144.000,-, 1985 144.000,-, 1986 144.000,-, 1987 144.000,-, 1988 144.000,-, 1989 144.000,-, 1990 144.000,-, 1991 144.000,-, 1992 144.000,-, 1993 144.000,-, 1994 144.000,-, 1995 144.000,-, 1996 144.000,-, 1997 144.000,-, 1998 144.000,-, 1999 144.000,-, 2000 144.000,-, 2001 144.000,-, 2002 144.000,-, 2003 144.000,-, 2004 144.000,-, 2005 144.000,-, 2006 144.000,-, 2007 144.000,-, 2008 144.000,-, 2009 144.000,-, 2010 144.000,-, 2011 144.000,-, 2012 144.000,-, 2013 144.000,-, 2014 144.000,-, 2015 144.000,-, 2016 144.000,-, 2017 144.000,-, 2018 144.000,-, 2019 144.000,-, 2020 144.000,-, 2021 144.000,-, 2022 144.000,-, 2023 144.000,-, 2024 144.000,-, 2025 144.000,-, 2026 144.000,-, 2027 144.000,-, 2028 144.000,-, 2029 144.000,-, 2030 144.000,-, 2031 144.000,-, 2032 144.000,-, 2033 144.000,-, 2034 144.000,-, 2035 144.000,-, 2036 144.000,-, 2037 144.000,-, 2038 144.000,-, 2039 144.000,-, 2040 144.000,-, 2041 144.000,-, 2042 144.000,-, 2043 144.000,-, 2044 144.000,-, 2045 144.000,-, 2046 144.000,-, 2047 144.000,-, 2048 144.000,-, 2049 144.000,-, 2050 144.000,-, 2051 144.000,-, 2052 144.000,-, 2053 144.000,-, 2054 144.000,-, 2055 144.000,-, 2056 144.000,-, 2057 144.000,-, 2058 144.000,-, 2059 144.000,-, 2060 144.000,-, 2061 144.000,-, 2062 144.000,-, 2063 144.000,-, 2064 144.000,-, 2065 144.000,-, 2066 144.000,-, 2067 144.000,-, 2068 144.000,-, 2069 144.000,-, 2070 144.000,-, 2071 144.000,-, 2072 144.000,-, 2073 144.000,-, 2074 144.000,-, 2075 144.000,-, 2076 144.000,-, 2077 144.000,-, 2078 144.000,-, 2079 144.000,-, 2080 144.000,-, 2081 144.000,-, 2082 144.000,-, 2083 144.000,-, 2084 144.000,-, 2085 144.000,-, 2086 144.000,-, 2087 144.000,-, 2088 144.000,-, 2089 144.000,-, 2090 144.000,-, 2091 144.000,-, 2092 144.000,-, 2093 144.000,-, 2094 144.000,-, 2095 144.000,-, 2096 144.000,-, 2097 144.000,-, 2098 144.000,-, 2099 144.000,-, 2100 144.000,-, 2101 144.000,-, 2102 144.000,-, 2103 144.000,-, 2104 144.000,-, 2105 144.000,-, 2106 144.000,-, 2107 144.000,-, 2108 144.000,-, 2109 144.000,-, 2110 144.000,-, 2111 144.000,-, 2112 144.000,-, 2113 144.000,-, 2114 144.000,-, 2115 144.000,-, 2116 144.000,-, 2117 144.000,-, 2118 144.000,-, 2119 144.000,-, 2120 144.000,-, 2121 144.000,-, 2122 144.000,-, 2123 144.000,-, 2124 144.000,-, 2125 144.000,-, 2126 144.000,-, 2127 144.000,-, 2128 144.000,-, 2129 144.000,-, 2130 144.000,-, 2131 144.000,-, 2132 144.000,-, 2133 144.000,-, 2134 144.000,-, 2135 144.000,-, 2136 144.000,-, 2137 144.000,-, 2138 144.000,-, 2139 144.000,-, 2140 144.000,-, 2141 144.000,-, 2142 144.000,-, 2143 144.000,-, 2144 144.000,-, 2145 144.000,-, 2146 144.000,-, 2147 144.000,-, 2148 144.000,-, 2149 144.000,-, 2150 144.000,-, 2151 144.000,-, 2152 144.000,-, 2153 144.000,-, 2154 144.000,-, 2155 144.000,-, 2156 144.000,-, 2157 144.000,-, 2158 144.000,-, 2159 144.000,-, 2160 144.000,-, 2161 144.000,-, 2162 144.000,-, 2163 144.000,-, 2164 144.000,-, 2165 144.000,-, 2166 144.000,-, 2167 144.000,-, 2168 144.000,-, 2169 144.000,-, 2170 144.000,-, 2171 144.000,-, 2172 144.000,-, 2173 144.000,-, 2174 144.000,-, 2175 144.000,-, 2176 144.000,-, 2177 144.000,-, 2178 144.000,-, 2179 144.000,-, 2180 144.000,-, 2181 144.000,-, 2182 144.000,-, 2183 144.000,-, 2184 144.000,-, 2185 144.000,-, 2186 144.000,-, 2187 144.000,-, 2188 144.000,-, 2189 144.000,-, 2190 144.000,-, 2191 144.000,-,

Medicinisches Waarenhaus Akt.-Ges. in Berlin. Die
Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1925 einen Reingewinn von
RM (8388 RM), der laut Beschluss der Generalversammlung auf

Rechnung vorgetragen wird. Die Gesellschaft bleibt auch in Jahr demnach dividendenlos. In der Bilanz erscheinen 90.000 *RM* Aktienkapital die Waren mit 655.249 *RM* (666.567 *RM*), Waren von 290.298 *RM* (232.479 *RM*), ferner Kreditoren in Höhe von 5.581 *RM* (599.515 *RM*) gegenüber. Neu gewählt in den Aufsichtsrat ist das bisherige Vorstandsmitglied Wilhelm Schick. Im laufenden Jahr erwarte die Gesellschaft von verschiedenen Neubauten und Modernisierungen ein beträchtliches Aufkommen.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 22. Mai 1926.

Weitere Abnahme der Wechselbestände. — Besserung der Notendeckung.

Der Ausweis der Reichsbank vom 22. Mai zeigt eine Abnahme der gesamten Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 75,3 Mill. auf 1272,1 Mill. *RM.*, und zwar entfallen von dieser Abnahme 73,7 Mill. auf die Bestände an Wechseln und Schecks, die sich auf 1175,3 Mill. *RM.* verringert haben. Die Gesamtsumme der weitergegebenen Wechsel blieb mit 149,2 Mill. *RM.* nahezu unverändert. Die Lombardbestände gingen um 1,5 Mill. auf 7,8 Mill. *RM.* zurück; die Anlage in Effekten ist mit 89,0 Mill. *RM.* weiterhin dieselbe geblieben.

	Aktiva	Reichsmark
1. Noch nicht berechnete Reichsbankanteile.....		177 212 000 unverändert:
2. Goldbestand (Bärengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund flem. von 1890/91 N. berechnete.....	1 481 641 000	+ 220 000
3. Und zwar Goldmünzenbestand.....	218 200 000	+ (220 000)
4. Goldpulver (unbelastet) bei Reichsbank und Zentralinstituten.....	(200 485 000)	unverändert:
5. Bestand an deckungsfähigen Devisen.....	294 984 000	+ 24 296 000
6. Bestand an Wertpapieren in Deutschland.....	175 875 000	+ 73 725 000
7. Bestand an deutschen Scheidemünzen.....	100 801 000	+ 1 662 000
8. Bestand an Noten anderer Banken.....	33 946 000	+ 5 515 000
9. Bestand an Guthabensforderungen.....	7 786 000	+ 1 303 000
10. Bestand an Effekten.....	86 042 000	unverändert
11. Bestand an sonstigen Aktiven.....	769 039 000	+ 28 058 000

Passiva		
1. Grundkapital: a) begeben	122 788 000	unverändert
b) noch nicht begeben	177 212 000	unverändert
2. Reservenfonds: a) gesetzlicher Reservenfonds	33 552 000	unverändert
b) Spezialreservenfonds für künftige Dividendenzu- lung	43 137 000	unverändert
3. Betrag der umlaufenden sonstige Rücklagen	160 000 000	unverändert
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten, die eine Kündigungsfrist gebundene Ver- bindlichkeiten	2 981 000 714 914 000	+ 44 259 000
6. Sonstige Passiva	235 173 000	+ 7 140 000

Verbindlichkeiten aus weiterbegebenen, im Inlande zahlbaren

Wechseln..... (149 225 000) + (83 000)

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 106,7 Mill. RM aus dem Verkehr in die Kassen der Bank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 120,2 Mill. auf 2,663,0 Mill. RM ermäßigt, während der Umlauf an Rentenbankscheinen sich um 13,5 Mill. auf 114,6 Mill. RM erweiterte. Die Bestände der Reichsbank an solchen Scheinen haben sich somit auf 409,4 Mill. RM herabgesetzt.

305,5 Mill. *R.M.* ermässigt. Die fremden Gelder sind mit 715,9 Mill. *R.M.* angewachsen, d. i. eine Zunahme von 44,3 Mill.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen zeigen eine Verminderung um 24,8 Mill. auf 1788,4 Mill. *R.M.*; im einzelnen sind die Bestände an Gold um 220 000 *R.M.* auf 1491,9 Mill. *R.M.* angewachsen und die an Deckungsfähigen Devisen um 141,9 Mill. auf 296,6 Mill. *R.M.*

Die Deckung der Noten durch Gold allein besetzte sich von 53,6 pCt. in der Vorwoche auf 55 pCt., die durch Gold und deckungsfähige Devisen von 63,4 pCt. auf 67,2 pCt.

* Die Generalversammlung der Germania Linoleum-Werke Akt.-Ges. in Bietigheim genehmigte den Abschluss und setzte die Dividende auf 6 pCt. für die Vorzugsaktien und 15 pCt. für die gewöhnlichen Aktien fest.

[illegible]

* Das Ergebnis der diesjährigen Posener Messe. —
Ueberraschend lebhafte Beteiligung Deutschlands.
Unser polnischer Dr. F. S. Wirtschaftskorrespondent schreibt uns: Auf

[illegible]

Warenmarkt.

* **Amthliche Nierungen der Berliner Eierbörse** am
 Mai (Mitteltell von der Firma Jacob Knopf, Berlin W. 50): a) für
 landische Eier: groöe, vollschne, gestemelte inlander
 Pfg. frische Inlander Eier 53 10-10 Pfg. frische Inlander
 Eier 53 8-8½ Pfg. assortierte Schmutz- und kleine Eier 53 7 Pfg.
 für ausländische Eier: extra groöe Eier 12½-15 Pfg. 7 Pfg.,
 10½-11 Pfg., normale Eier 8-9½ Pfg. kleine und Schmutzeier
 7½ Pfg. Tendenz: abwartend. Witterung: veränderlich.

* **Notierungen der Magdeburger Zuckerbörse.** Preise für
 Diszucker für 50 kg netto ab Verladestelle.

Mengen von mindestens 200 Zentner für die vorstehende Mägebürg und Umgrenzung
 Verzug 25% $\frac{1}{2}$ A. Mai 25%, Juni 25%, Juli 25%, August 25%, September 25%, Oktober
 und Steuer. Tendenz ruhig. Melasse 2,30-1,70 für 25% Inklusiv
 ein Preis für Weisszucker (inklusive Skat frei Seeschiffsladung)
 100 kg netto. Mai 14,20 Brief, 14 Geld, Juni 14,20 Brief, 14
 Geld, Juli 14,40 Brief, 14,35 Geld, August 14,75 Brief, 14,70 Geld,
 September 14,85 Brief, 14,75 Geld, Oktober 14,85 Brief, 14,75 Geld,
 November 14,80 Brief, 14,70 Geld, Dezember 14,85 Brief, 14,75 Geld,
 Januar 14,85 Brief, 14,75 Geld. Tendenz ruhig.

*** Bremer Baumwollkurse.** Eröffnung vom 27. Mal. Mitgeteilt der Firma A. Lewin, Berlin C. 2. Notierungen des Bremer Vereins Terminhandel in Baumwolle. Nordamerikanische Baumwolle Basis ding, nichts unter low middling nach den Bedingungen des Vereins.

per 1 lb. in U.-S.-Cents netto Kassa. Mai 19.16 Brief, Juli 19.01 Geld.
Brief, September 18.45 Geld, 18.54 Brief, Oktober 18.35 Geld, 18.41
Brief, Dezember 18.14 Geld, 18.15 Brief, Januar 1927: 18.09 Geld, 18.14 B.
1927: 18.36 Geld, 18.40 Brief, Loko 20.11. Tendenz: Gut behauptet.

Alexandria. 27. Mai. Sakellaridis per Juni 21.55 (21.55), Ash-
ent per Juli 30.50 (30.65), Sakellaridis per August 21.75 (21.75), Ash-

per Oktober 22,10 (22,10). Ashmoun per November 30,30 (30,35).
Liverpool. 27. Mai. Anfang. Americ. Universal Stand middl.
 ienz ruhig, per Mai 9,96 (9,98), per Juli 9,63 (9,64), per Oktober
 (9,31), per Januar — (9,20), per März — (9,20). — Aegypt. Sakei-
 dids. Tendenz ruhig, per Mai — (16,97), per Juli — (15,52), per
 Oktober — (15,42), per November 15,35 (15,22), per Januar — (15,02).
Liverpool. 27. Mai. Weizen. Anfang. Americ. Universal Stand middl.

[illegible][illegible]